

Wissenschaft

Eine Studie bestätigt, dass Zugangsbeschränkungen sozial selektieren. **9**

Gemeinschaft

Wir rollen die Debatte zur Wehrpflicht-Volksbefragung neu auf. **12**

Freundschaft

Drei Porträts über Vertrauen, Sicherheit und Geborgenheit. **21**

Leidenschaft

Der Rapper Macklemore im Interview über die Aufbruchstimmung im Hip Hop. **29**

Rassenkunde auf der Uni

Verprügelt und geächtet: Antisemitismus an Österreichs Hochschulen

P.b.b. | Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 1040 | GZ02Z031545M | EURO, 73



Dossier: Utopie Kindheit. Über die Angst vor dem Älterwerden und die Sehnsucht nach Freundschaft.

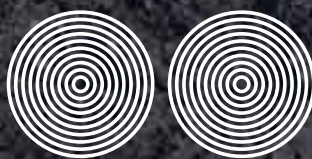
INTERNATIONALES FILMFESTIVAL
DER MENSCHENRECHTE

this human world 2012

29. NOV.
BIS 9. DEZ.

GARTENBAU TOPKINO
SCHIKANEDER FILMCASINO

this
human
world



www.thishumanworld.com

Cover

Als sich 1919 die Deutsche Studentenschaft, eine Art Vorform der HochschülerInnenschaft und historische Vorgängerin des NS-Studentenbundes, gründete, arbeiteten Burschenschaften und Verbindungen des Cartellverbands auf Basis des Antisemitismus eng zusammen. Damals hatten JüdInnen an Österreichs Unis mit Schädel- und Knochenbrüchen zu rechnen und mussten nicht selten vor deutschnationalen Studierenden übers Fenster fliehen. Eine Reportage darüber, wie jüdische Studierende und Lehrende in der Zeit zwischen 1920 und 1945 von Österreichs Unis vertrieben wurden, und wie sich der Antisemitismus auch danach fortsetzte.

Bildung

08 ANGST UND BANGE. Fünf weitere Studienrichtungen sollen künftig beschränkt werden, wenn es nach der Bundesregierung geht.

09 WAS IST SCHON FAIRNESS. Die Soziologin und Philosophin Barbara Rothmüller hat Zugangsbeschränkungen auf soziale Durchlässigkeit analysiert und kommt zum Schluss: Von Fairness kann nicht die Rede sein.

10 WIE LANGE STUDIERST DU? Die Zeit wird knapp: Studierende müssen immer schneller mit ihrem Studium fertig werden.

Politik

12 EINE MÄR VON DER GLEICHBERECHTIGUNG. Gleiche Pflichten vor gleichen Rechten? Elisabeth Mittendorfer klärt über den Unsinn der Frauenwehrlaufpflicht auf.

13 WEHR DICH! Eine eindeutige Position bei der Volksbefragung zur Wehrpflicht zu haben, ist nicht leicht. Ein Pro und Contra.

14 GELD ODER LEBEN. Kein Aufenthaltstitel, keine Gesundheitsversorgung: In Spanien kostet für AsylwerberInnen ein Arztbesuch künftig bis zu 1864 Euro.

16 BRAUNE HILFE. Die rechtsextreme Szene versteht es gut, sich gegenseitig finanziell sowie rechtlich zu unterstützen. Damit wird der Erhalt und Aufbau der Szene gesichert.

17 SCHWARZE FAHNE IM PARLAMENT. Männerhorde oder Hoffnungsträger? Die Piraten machen es nicht einfach.

18 SHORT BITES. Schnellinfos abseits des Mainstreams.

Dossier

Woher kommt die Angst vor dem Erwachsenwerden? Hängt die Sehnsucht nach Freundschaft, Kindheit und Geborgenheit mit der Existenzbedrohung im Kapitalismus zusammen? Ein Dossier mit vielen Fragen und einer vagen Andeutung, warum das Älterwerden nicht immer ganz so schlimm sein muss.

20 FREUNDSCHAFT! Ein Blick in die Geschichte von Bürgertum, Kindheit und Freundschaft.

21 BLINDES VERTRAUEN. Freundschaften prägen uns bereits in der Schulzeit – manche davon bleiben uns ein Leben lang erhalten, andere gehen in die Brüche und hinterlassen eine große Lücke. Drei sehr unterschiedliche Freundschaften im Porträt.

24 ENDSTATION SEHNSUCHT. Warum man sich lieber nach der Abschaffung des Todes als nach der Kindheit sehnen sollte, erklärt Simon Sailer in einem Essay über Geborgenheit, Verwundbarkeit und Glück.

26 DAS ALTER IST NICHT BEHERRSCHBAR. Eine filmische und musikalische Zusammenschau über das Älterwerden bei Harold und Maude, Monsieur Ibrahim, Édith Piaf und Patti Smith.

Feuilleton

28 DIE KINDER AUS CHRISTIANIA. Die Freistadt Christiania assoziieren viele mit Drogen und AussteigerInnen. Für viele ist es einfach der Ort, an dem sie aufgewachsen sind.

29 „RAP IST GRÖßER DENN JE.“ Der Rapper Macklemore im Interview über sein neues Album *The Heist*, die Veränderbarkeit von Hip Hop und Hipster Rap.

30 HIGH IN THE SKY. Drachensteigen ist nur was für Nerds oder Golden Retriever Familien? Stimmt gar nicht. Und wenn schon, sieht es immerhin nett aus.

32 SCHWERSTARBEIT AUF PEDALEN. Viele FahrradbotInnen bringen nicht nur wichtige Dinge von A nach B, sondern machen auch ihr Hobby zum (Studi-)Job.

34 TAG DER EHRE. Kulturwissenschaftlerin Magdalena Marsovszky analysiert die Neo-Nazi-Szene in Ungarn.

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Routine erkennt man daran, dass man sie zunächst gar nicht erkennt. Sie ist eine Form der Arbeitsteilung, die sich auf Zehenspitzen in monatelange Zusammenarbeit einschleicht. Wenn die eine immer das Editorial und die andere immer das Inhaltsverzeichnis verfasst, man automatisch die gleiche Geschichte im Feuilleton großartig findet und die selbe Musik wie bei der vorherigen Produktion aus den Boxen klingt. Routine hat aber auch etwas mit Vertrauen zu tun.

Und gar um blindes Vertrauen geht es in unserem diesmaligen Dossier: Wir wollten wissen, was die Sehnsucht nach Vertrauen und Sicherheit in besonders guten Freundschaften über unsere Gesellschaft aussagt. Ist der Rückzug in die Freundschaft eine Flucht vor der kapitalistischen Realität, ein Versuch, ein Stückchen sorgenfreie Kindheit zu bewahren? Und kommt hierher auch die Angst vorm Älterwerden? Wir haben uns auf dieses unsichere Terrain gewagt und uns den Fragen essayistisch und mit drei unterschiedlichen Porträts genähert – und mit Fotos von Johanna Rauch bebildert.

Und der Soundtrack zum Dossier-Lesen kommt von *Arcade Fire: The Suburbs*.

Viel *progress*,

eure nostalgische Redaktion

Impressum

progress

Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft

Ausgabe 05/2012

Erscheinungsmonat: November

MedieninhaberIn: Österreichische HochschülerInnenschaft, Taubstummengasse 7–9, 1040 Wien

Chefinnenredaktion: Flora Eder, Vanessa Gaigg

AutorInnen dieser Ausgabe: P. Aigner, C. Aurednik, M. Brüggemann, J. Bruns, V. Ehrnberger, S. Grössing, K. Hellwagner, Andrea*s Klaura, E. Kleibel, P. Lindner, J. Marot, M. Marsovszky, E. Mittendorfer, M. Poigner, J. Prummer, S. Sailer, K. Walch

Cover: A. Gotter

Dossier: J. Rauch

Seite 7: L. Berger

Seite 11: Präsidentschaftskanzlei / Peter Lechner/ HBF

Seite 27: D. Gottschling

Layout: T. Jenni, J. Kolda

Grundlayout: R. Radschopf, E. Riedmann



AUF DER UNI VERPRÜGELT

Österreichs Hochschulen pflegen das Image, Orte kritischer Reflexion und Toleranz zu sein. Im 20. Jahrhundert allerdings waren sie jahrzehntelang Hochburgen des Antisemitismus und der Deutschtümelei. Ein Blick auf eine verdrängte Geschichte, die nach 1945 keineswegs zu Ende war.

Foto: Wolfgang v. Bankowski

„Ich weiß nicht, ob ich da die richtige Ansprechpartnerin bin. Denn es war ja so, dass ich mich nur in der Jüdischen Hochschülerschaft bewegt habe. In den anderen Studierenden habe ich ja mutmaßliche Nazis oder Mitläufer gesehen“, erklärt Lucia Heilman (83) am Telefon. Zwei Stunden später öffnet sie trotzdem die Tür zu ihrer Wohnung. Sie ist eine lebhaft und aufgeschlossene Frau mit warmen Augen und einem lebenslustigen Lachen und auf dem Coverfoto dieser *progress*-Ausgabe zu sehen. Ihr sommersprossiges Gesicht spiegelt ihre Emotionen wider. Die Kindheit und Jugend der pensionierten Ärztin war vom Terror der Nazis gekennzeichnet. Nach der Volksschule durfte sie als Tochter einer Jüdin nicht mehr zur Schule gehen, die Wohnung ihrer Eltern wurde „arisiert“. Ihr Vater befand sich während dieser Zeit aus beruflichen Gründen in Persien und bemühte sich vergeblich, seine Frau Regina und Tochter Lucia nachzuholen.

Als Lucia mit ihrer Mutter aus Wien deportiert werden sollte, hat Reinhold Duschka, ein Bergsteigerfreund des Vaters, den beiden das Leben gerettet. Er versteckte Lucia und ihre Mutter von 1939 bis zum Bombardement 1944 in seiner Werkstatt für Kunstgewerbe in Wien-Mariahilf. Nach dem Bombardement brachte er die beiden in einem kleinen Sommerhaus in Wien-Hütteldorf unter. Heilman erinnert sich daran, dass Duschka ihr Lehrbücher mitbrachte und wie wissbegierig sie war. Nach der Befreiung Österreichs holte sie die Matura nach und begann 1948 an der Universität Wien Medizin zu studieren. Dort bemerkte sie auch die antisemitische Kontinuität: „Ich

erinnere mich an die Anatomievorlesungen während der Jahre 1948 bis 1950. Der damalige Professor unterrichtete die Inhalte der nationalsozialistischen ‚Rassenkunde‘ ohne diese als solche zu bezeichnen“, erzählt Lucia Heilman entrüstet. „Niemand hat das in Frage gestellt. Und auch die Bücher waren aus der Nazizeit.“ Lucia und ihre jüdischen StudienkollegInnen haben sich darüber geärgert; sie waren wütend. Auch die medizinischen Lehrbücher, wie beispielsweise der Pernkopf-Atlas, stammten noch aus der Nazizeit. Am meisten verärgert Lucia Heilman aber bis heute die Scheinheiligkeit der Bevölkerung: „Denn nach 1945 ist ja niemand mehr ein Nazi gewesen“, sagt sie stirnrunzelnd.

GEWALT AN UNIVERSITÄTEN. Linda Erker vom Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien erzählt, dass in den universitären Quellen der Nachkriegszeit die Zeit des Nationalsozialismus nur als „dunkle Zeit, die über uns hereingebrochen ist“ beschrieben wird. Schuldeingeständnisse seitens der Universität und Politik gab es damals keine. Dabei hatten die Deutschtümelei und der Antisemitismus an den Universitäten eine lange und überaus gewalttätige Vorgeschichte. Linda Erker und ihr Kollege Herbert Posch kramen Fotos aus den Jahren 1931 und 1933 hervor. Eines davon zeigt deutschnationale Studenten vor dem Haupteingang der Universität Wien, die die rechte Hand zum Hitlergruß heben. Dazwischen hängt ein Plakat mit der Aufschrift „Juden raus“. Auf einem anderen Bild fliehen StudentInnen über Leitern aus dem ersten Stock des Anatomischen Instituts

der Universität Wien. In ihren Gesichtern sind Angst und Panik zu erkennen. Posch erläutert den Kontext: „Hier müssen Studierende die Hörsäle über Leitern verlassen, weil die deutschnationalen Studierenden vor dem Ausgang rechts und links sogenannte ‚Salzergassen‘ gebildet haben. Sie haben auf die jüdischen Studierenden gewartet, um sie mit Prügelstöcken zu verdreschen.“

Der Anteil der jüdischen Studierenden lag zu dieser Zeit österreichweit bei etwa 13 Prozent. 75 Prozent davon studierten an der Universität Wien, nur zwei Prozent an der Universität Graz und nur ein Prozent an der Universität Innsbruck. Der Antisemitismus an den Universitäten Graz und Innsbruck war jedoch genauso stark wie an der Universität Wien und der Technischen Hochschule, der heutigen TU Wien. „Während der Studienzeit der 1920er- und 1930er-Jahre herrschte eine Gewalt an den Universitäten, die wir uns heute gar nicht vorstellen können“, erzählen Posch und Erker. „Schädelbasisbrüche, Knochenbrüche und existenzielle Gewalt gegenüber jüdischen und linken Studierenden standen damals an der Tagesordnung. Diese Gewalt hat sich auch im öffentlichen Raum an der Universitätsrampe zugetragen. Die Polizei hat zugeschaut und sich auf das Hausrecht des Rektors berufen. Die Universität Wien musste während dieser Zeit aufgrund der gewalttätigen Ausschreitungen sogar mehrmals im Jahr geschlossen werden.“ Manche jüdische Studierende, wie der spätere israelische Diplomat und Schriftsteller Benno Weiser Varon, erwarben in der zionistischen

Selbstverteidigungsgruppe *Haganah* Selbstverteidigungskennntnisse, die sich an der Universität als überlebenswichtig erwiesen.

TECHNIKERINNEN. Die Leiterin des Universitätsarchivs an der TU Wien, Juliane Mikoletzky, erzählt, dass auch an der Technischen Hochschule bis zur Zeit des Austrofaschismus wöchentlich Prügelorgien stattfanden. „Die Techniker hatten eine gewisse Affinität zu dem von den Nazis propagierten Fortschritt. Sie hofften, durch die Nazis viele technische Arbeitsplätze zu bekommen.“ An der Technischen Hochschule hatte es zunächst aber durchaus einen hohen Anteil an jüdischen Studierenden gegeben. Ihre Zahl sank jedoch im Sommersemester 1938 von 230 auf 16. Denn an allen Hochschulen und Universitäten wurden ab dem Sommersemester 1938 in der NS-Terminologie als „Volljuden“ bezeichnete Personen nicht mehr zum Studium zugelassen. Mikoletzky erwähnt, dass der Übergang von Austrofaschismus zum Nationalsozialismus an der Technischen Hochschule gesetzesmäßiger und „ziviler“ als an der Universität Wien vor sich ging. Sie vermutet, dass dieser schon länger vorbereitet worden war. Nach dem Novemberpogrom 1938 durften die sogenannten „VolljüdInnen“ die Universitäten nicht mehr betreten. Selbst der Besuch der Bibliothek wurde ihnen untersagt. Nur noch sogenannten „Mischlingen“ war bis in die 1940er-Jahre das Studium erlaubt.

„Auch an der damaligen Hochschule für Bodenkultur (BOKU) hatte es nie über fünf Prozent jüdische HörerInnen gegeben. Dennoch war der Antisemitismus sehr stark und es gab auch gewalttätige Ausschreitungen“, berichtet Paulus Ebner, der im Archiv der TU arbeitet. In seiner Dissertation hat er sich mit der Hochschule für Bodenkultur als Ort der Politik von 1914 bis 1955 auseinandergesetzt. Eine Besonderheit stellte in diesem Kontext das Handeln Franz Sekeras dar, streicht er hervor. Dieser hatte sich eigenmächtig nach dem sogenannten „Anschluss“ zum „kommissarischen Leiter“ der Hochschule ernannt und verfügt, dass keine jüdischen HörerInnen mehr an der BOKU zugelassen wurden. Sekera galt als Hardliner und war bereits vor 1938 am Aufbau einer illegalen NS-Zelle an der Hochschule beteiligt. Nach 1945 wurde er zu zweieinhalb Jahren Kerker verurteilt und durfte nicht mehr an der BOKU unterrichten. „Die nationalsozialistischen Hardliner wurden sowohl auf der heutigen BOKU als auch der TU 1945 entlassen. Sie sind auch nicht mehr zurückgekehrt“, resümieren Ebner und Mikoletzky.

ROBERT ROSNER. „Ich hatte in England neben der Arbeit eine Abendschulmatura absolviert und große Lücken im naturwissenschaftlichen Wissen. Aber mir haben meine Kollegen während des Chemiestudiums sehr geholfen“, erzählt Robert Rosner (88). „Bobby“ Rosner ist ein sehr aufgeschlossener Mensch, der gerne über seine Lebenserfahrungen berichtet. In





Foto: Alexander Gotter, Wolfgang v. Bankowski

Die HistorikerInnen Herbert Posch und Linda Erker (Uni Wien), und TU-Wien ArchivarInnen Juliane Mikoletzky und Paul Ebner forschen über die Zeit rund um den Nationalsozialismus an Wiens Universitäten.

seinem Arbeitszimmer befindet sich eine gut sortierte Heimbibliothek. In seiner Pension hat der Intellektuelle Politikwissenschaft studiert. Seither hat er mehrere Publikationen zur Wissenschaftsgeschichte veröffentlicht. In seiner Jugend musste Rosner mit seiner Familie vor den Nazis nach England fliehen. Dort kam er mit der EmigrantInnenorganisation *Young Austria* in Kontakt, die ihn stark geprägt hat. Als er mit seiner Frau nach dem Ende des Krieges nach Wien zurückkehrte, engagierte er sich in der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen StudentInnenorganisation. 1968 trat er im Zuge des Prager Frühlings allerdings aus der KPÖ aus. Von 1947 bis 1955 studierte er Chemie an der Universität Wien.

„Meine Studienkollegen wussten von meiner Lebensgeschichte als jüdischer Flüchtling und meiner politischen Einstellung. Dennoch hatte ich auch mit meinen linkskatholischen Studienkollegen ein gutes Verhältnis. Das lag daran, dass wir bei den stundenlangen Laborübungen enge Beziehungen aufgebaut haben“, resümiert er. „Ein bis zwei Studienkollegen waren gesinnungsmäßig braun geblieben. Aber sonst hatte ich das Gefühl, dass ich als gleichwertiger Studienkollege wahrgenommen wurde. Vielleicht lag das auch daran, dass ich mit den Jahrgängen 1928

und 1929 zu studieren begonnen hatte. Meine ältere Schwester hat als Lehrerin den Antisemitismus viel stärker gespürt als ich.“ Rosner erzählt, dass auch die Nazi-Professoren am Chemischen Institut 1945 entlassen wurden. „Im Keller des Chemischen Instituts hatte es bereits während der Nazizeit Widerstand gegeben. Unter anderem wurden auch jüdische Menschen versteckt. An der Physik hat es aber wesentlich schlechter ausgeschaut.“

SPÄTE AUSEINANDERSETZUNG. Im Zuge des NS-Verbotsgesetzes wurden die meisten nationalsozialistischen Professoren aus ihren Ämtern enthoben. Die Geschichte der vertriebenen Studierenden und Lehrenden wurde jedoch erst spät thematisiert. Denn nach 1945 wurde über Politik an den Universitäten nicht mehr gesprochen. Und mit der Lockerung der Gesetze kehrten nationalsozialistische Professoren im Laufe der 1950er-Jahre wieder an die Universitäten zurück.

Herbert Posch war 1998 Teil des Projektes „Biographien und Wissenstransfer, Studierende der Universität Wien vor und nach 1938“, das sich auf die Suche nach vertriebenen Studierenden und Lehrenden machte. Insgesamt 150 Personen haben sich bereit erklärt, über ihre Erfahrungen zu sprechen.

Unter anderem hat er auch in New York Interviews geführt. „Es wurde viel zu spät damit begonnen. Aber ich bin froh, dass wir damals dennoch angefangen und soviel Resonanz erhalten haben.“ 2009 wurde in Form eines Gedenkbuches der Universität Wien an die vorwiegend jüdischen Vertriebenen erinnert. Das Buch befindet sich im Denkmal *Marpe Lanefesh* am Universitätscampus Wien. Posch betreut die Online-Version des Gedenkbuchs, das laufend ergänzt wird. „Durch das Online-Gedenkbuch melden sich jene, die ihre Geschichte beisteuern wollen. Es sind Menschen wie du und ich, die von der Forschung unbeachtet geblieben sind. Und es sind nicht nur erfolgreiche Wissenschaftler darunter. Auch diese Menschen dürfen nicht vergessen werden.“

Die Autorin Claudia Aurednik studiert Geschichte an der Uni Wien.

Das Projekt der ÖH „Hochschulen in der NS-Zeit“ startet in diesem Herbst. An mehreren Universitäten finden Lehrveranstaltungen zum Thema statt, Studierende werden wissenschaftliche Beiträge verfassen, die als Publikation veröffentlicht werden.

Mehr Infos: zeitgeschichte.oeh.ac.at

BILDUNG



Angst und Bange

Architektur, Biologie, Informatik, Pharmazie und Wirtschaftswissenschaften: Nach dem derzeitigen Stand der Verhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP sollen diese fünf Studienfächer in Zukunft beschränkt werden – also nur nach erfolgreich bestandener Aufnahmeprüfung studiert werden können. Von Seiten der Bundesregierung hält man sich bezüglich einer Bestätigung der genannten Fächerauswahl zwar noch bedeckt, die Auswahl gilt jedoch als sehr wahrscheinlich.

MORE OF THE SAME. Seit Monaten verhandeln SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl und Wissenschaftsminister Karl-Heinz Töchterle (ÖVP) bereits über neue Zugangsbeschränkungen im Hochschulbereich. Diese läuten jedoch keine neue Zeit der Zugangsbeschränkungen ein, sondern sind lediglich eine weitere Draufgabe zu den bisherigen Regelungen. Bereits 2011 wurde mit der verschärften Studieneingangs- und Orientierungsphase (STEOP) eine Zugangsbeschränkung eingezogen, die für viele auf den ersten Blick nicht als solche erkennbar war: Die neuen Bestimmungen sollten Studierenden offiziell lediglich zu mehr Orientierung und Klarheit bezüglich ihrer Studienwahl verhelfen. Die Umsetzung der neuen Orientierungsphase wurde den Universitäten weitgehend autonom überlassen, die gesetzlichen Bestimmungen hielten die Universitäten zum Beispiel nicht zwingend an, nur zwei Prüfungsantritte zu ermöglichen, mit denen sich viele StudienanfängerInnen aber konfrontiert sahen. Die verpflichtende STEOP wurde von vielen RektorInnen als willkommenes Instrument zum Rausprüfen von Studierenden aus Studienrichtungen mit nicht ausreichenden Kapazitäten verwendet.

Besonders rigoros wurde die STEOP an der Uni Wien gehandhabt, die Durchfallsquoten waren enorm. Nur sieben Pharmazie-StudienanfängerInnen konnten beispielsweise die STEOP beim ersten Versuch positiv abschließen. Bei einer Umfrage der ÖH Bundesvertretung unter knapp 2000 STEOP-Prüflingen gaben rund 80 Prozent an, die STEOP verursache verglichen mit ihrem Nutzen zu viel Druck. Knapp 65 Prozent finden nicht, dass „die STEOP die im Gesetz genannten Ziele erreicht“. Auch nach den katastrophalen Erfahrungen mit der STEOP und der Einsicht von Wissenschaftsminister Töchterle, dass diese von den Universitäten „teilweise missbraucht“ werde, werden flächendeckende Zugangsbeschränkungen als Fortführung der STEOP verhandelt.

Doch auch vor der Einführung der STEOP gab es keinen freien Hochschulzugang in Österreich. An vielen Hochschulen, wie den Fachhochschulen oder den Pädagogischen Hochschulen, Kunstuniversitäten sowie einzelnen Studienrichtungen an den wissenschaftlichen Universitäten gab und gibt es Aufnahmeprüfungen, die eineN für das jeweilige Studium erst berechtigen. Die Matura oder die

Der Hochschulzugang war in Österreich noch nie frei. Die Bundesregierung hat beschlossen, die Barrieren auszubauen.

Studienberechtigungsprüfung als Studiumsvoraussetzung reicht an vielen Hochschulen also längst nicht mehr aus. Für viele StudienanfängerInnen heißt es nach der Matura gleich Weiterlernen für die erste Prüfung auf der Uni, noch bevor das Studium überhaupt begonnen hat. Teure Vorbereitungskurse und Insiderinfos werden für viele zum unbezahlbaren Vorteil, um das eigene Wunschstudium aufnehmen zu können. Carina Strasser, Studienanfängerin an der Uni Wien, holte sich bereits nach dem ersten Überfliegen der Prüfungslektüre für ihr Wunschstudium Psychologie in Wien Hilfe: „Ich habe mit anderen zusammen gelernt und zusätzlich einen Vorbereitungskurs besucht, der rund 200 Euro gekostet hat. Dafür ging mein Ersparnis drauf.“ Doch nicht alle können sich den Luxus eines Vorbereitungskurses leisten, auch wenn dieser oft notwendig ist, um die Prüfung zu bestehen. Der Konkurrenzdruck unter den Prüflingen war spürbar groß: „2000 AnwärterInnen, die mit mir um einen Studienplatz rangen. Da wurde mir schon Angst und Bange.“

Diese Prozedur steht David Riegler, Absolvent eines BORG im ländlichen Oberösterreich, noch bevor. David kann sich einen Vorbereitungskurs nicht leisten: „Die sind sehr teuer. Ich könnte mir auch während des Studiums keine Nachhilfe oder kostenpflichtige Kurse leisten.“ Er bereitet sich so wie viele andere StudienanwärterInnen im Selbststudium vor. „Das ist natürlich auch mit Kosten verbunden.“

WIRKLICH GEEIGNET? Auf die meisten StudienanfängerInnen übt die Tatsache, dass es für das jeweilige Wunschstudium Zugangsbeschränkungen gibt, einen großen Einfluss aus. Auch Carina und David haben sich ihre Studienwahl mehr als einmal überlegt, obwohl sie für Psychologie am meisten Interesse gezeigt haben: „Man muss sich absolut sicher sein, noch bevor das Studium überhaupt begonnen hat“, sagt David.

Besonders bei prestigeträchtigen Studienrichtungen wie Medizin wirken sich Beschränkungen fatal auf die sogenannte soziale Durchmischung aus: Vergleicht man den Anteil von ArbeiterInnenkindern im Medizinstudium mit dem ähnlich prestigeträchtigen Jusstudium, das ohne Aufnahmeprüfung auskommt, muss man feststellen, dass sich die StudentInnenschaft in ersterem wesentlich elitärer zusammensetzt. Werden nun auch die Medizin-Ausweichstudien Biologie

und Pharmazie beschränkt, wird sich dieser Trend verstärken.

Auch anerzogene Geschlechterrollenbilder werden durch Beschränkungen verstärkt: Während mehr Frauen Psychologie als Wunschstudium anstreben, streben unverhältnismäßig mehr Männer zugangsbeschränkte technische Studienrichtungen an. Die Wahrscheinlichkeit, ein Studienfach zu wählen, das außerhalb der rollenbilderbehafteten Normen liegt, wird durch Beschränkungen verringert. An der Technischen Universität Wien wurden Anfang 2011 für das Bachelorstudium Informatik sogenannte Studieneingangsgespräche (STEG) eingeführt. Obwohl diese Gespräche unverbindlich sind, gab es einen über 20 Prozent stärkeren Rückgang von Studienanfängerinnen gegenüber ihren männlichen Kollegen. Ähnliche Erkenntnisse gehen unter anderem aus dem Studierendensozialbericht 2011 hervor, der gerade vom Institut für höhere Studien (IHS) präsentiert wurde.

Carina hat es schließlich geschafft, sie darf nun ihren Bachelor in Psychologie machen: „Insgesamt hätte ich ohne Kurs den Test sehr wahrscheinlich nicht bestanden, da ich diese speziellen Fragen und Methoden nicht gekannt hätte. Es war ein großer Teil zum Lehrbuch, circa fünf Seiten Statistik-Fragen und ein vierseitiger Text zu englischer Fachliteratur, weit weg von Englisch auf Maturaniveau.“

STUDIENANFÄNGERINNEN ALS MANAGEMENT-AUFGABE. Sieht man von der sozialen Chancengerechtigkeit bei Zugangsbeschränkungen ab und versteht Hochschulen als Unternehmen, die sich ihre MitarbeiterInnen selbst aussuchen können, bliebe immer noch die Möglichkeit, durch Aufnahmeprüfungen die geeignetsten BewerberInnen herauszufiltern. Doch auch diese Tests bergen ihre Tücken: Barbara König hat nach ihrer Matura an einem niederösterreichischen Gymnasium die Aufnahmeprüfung für die FH Campus Wien geschafft. Neben einem mathematischen und allgemeinbildenden Prüfungsteil folgte ein personenbezogener Teil, der dazu dienen sollte, die StudienanfängerInnen besser kennenzulernen. „Dort wurden mir Fragen gestellt wie: Werden sie leicht aggressiv? Fühlen Sie sich in ihrem FreundInnenkreis wohl? Oder: Mögen Sie sich selbst? Das finde ich dann doch zu persönlich.“

Sieht man die Hochschule als Unternehmen an, das sich seine MitarbeiterInnen aussuchen darf und dabei keine Rücksicht auf die soziale Ausgewogenheit nehmen muss, sind Zugangsbeschränkungen ein adäquates Mittel die Belegschaft in Grenzen zu halten. Ob die SPÖ in Anbetracht ihrer potentiellen WählerInnen diesen bildungspolitischen Schritt wagen wird, bleibt abzuwarten.

Vanessa Gaigg studiert Philosophie an der Uni Wien.

Was heißt Gerechtigkeit?

Barbara Rothmüller hat im Auftrag der Akademie der bildenden Künste in Wien deren Zulassungsprüfung auf soziale Gerechtigkeit untersucht. Vanessa Gaigg traf die Studienautorin an ihrer Arbeitsstelle am Institut für Soziologie an der Linzer Johannes Kepler Universität.

progress: Wie bist du zu dem Projekt gekommen?

Rothmüller: Das hat 2008 begonnen, als es an der Akademie eine Arbeitsgruppe zum Thema Antidiskriminierung gab. Man wollte sich einerseits anschauen, wer sich überhaupt für das Studium bewirbt und andererseits, ob im Zuge der Zulassungsprüfung bestimmte BewerberInnengruppen benachteiligt werden.

Gibt es Verfahren, die fairer sind, als andere?

Das ist schwierig. Es gibt unterschiedliche Probleme bei den verschiedenen Verfahren. Bei offenen Verfahren wie zum Beispiel an dem untersuchten Institut für bildende Kunst an der Akademie gibt es den Vorteil, dass man auf die Bedürfnisse der BewerberInnen besser eingehen kann, was ein Problem ist bei den stark standardisierten Verfahren wie dem EMS (Aufnahmetest für das Medizinstudium, Anm. d. Red.). Man muss sich überlegen, was Fairness in diesem Zusammenhang heißt. Wenn das Gleichbehandlung heißt, kann das der EMS gut sicherstellen.

Aber bei standardisierten Tests haben Persönlichkeitsmerkmale trotzdem einen starken Einfluss.

Ja, das ist das andere Problem, dass solche Tests natürlich nie neutral sind. Sie können auch indirekt benachteiligen, wenn sie Kriterien anwenden, die bestimmte Gruppen systematisch seltener erfüllen können. Auf der Medizin hat man aber auch einen geringen Anteil von Leuten mit niedriger sozialer Herkunft, das ist schon ein relativ elitäres Studium. Mit der Einführung des Tests ist der Anteil nochmal zurückgegangen.

Verstärken Zugangsbeschränkungen die sozialen Hürden also?

Was bei unserer Befragung auffällig war, war dass der Anteil von BewerberInnen niedriger sozialer Herkunft im Zuge des Verfahrens nochmal geringer wurde. Und dabei war es sowieso eine

geringe Anzahl, die sich überhaupt beworben hat aus dieser Gruppe.

Welch besondere Rolle nehmen Kunstuniversitäten da ein?

Es gibt in den letzten Jahren den Versuch, die formale Durchlässigkeit im Bildungssystem zu erhöhen, das heißt, dass man zum Beispiel nicht nur mit der klassischen Matura studieren kann, der Zugang also erleichtert wird. Dadurch erhofft man sich, die so genannten „bildungsfernen Schichten“ eher ins Studium zu leiten. Was man an den Kunstunis jetzt sehr gut sehen kann, ist, dass diese Strategie eigentlich nur begrenzt aufgehen wird. Weil die meisten Kunststudien konnten immer schon ohne Matura, also ohne formale Voraussetzungen, studiert werden. Und trotzdem ist das offenbar kaum eine Option für Leute mit niedriger sozialer Herkunft. Wenn nicht mehr alle Matura haben müssen, dann versucht man im Gegenzug die Vorkenntnisse über diese Zulassungsverfahren zu kontrollieren.

Ist das finanzielle Aushungern der Unis eine bewusste Taktik, um Zugangsbeschränkungen argumentierbar zu machen?

Das hat tatsächlich die SPÖ mal in ihrem Bildungsprogramm geschrieben, da war sie aber noch in der Opposition. Sie hat gesagt: Man zwingt die Unis zu Zugangsbeschränkungen, weil ihnen das Geld fehlt, das sie brauchen. Aus einer Organisationslogik heraus macht das auch Sinn, wie soll man mit den Ressourcenengpässen umgehen? In Wirklichkeit ist das natürlich ein Problem, das von der Politik kommt und an die Unis weitergegeben wird, die das wiederum an die Studierenden weitergeben.

Inwiefern kann der Begriff des offenen Hochschulzugangs als Euphemismus gesehen werden?

Der offene Hochschulzugang ist ein Idealbild, das mit der Realität schon länger nicht viel zu tun hat. Bei den Kunstunis, den FHs und den Sportstudien gab es

immer schon Zulassungsverfahren. Und interessanterweise sind die Studierendenproteste 2009 ja von der Akademie ausgegangen, gleichzeitig ist es dort sehr traditionsreich, Zulassungsverfahren zu haben, und das wird auch nicht in Frage gestellt. Das fand ich fast schon ein bisschen irritierend. Wenn man von „offenem Hochschulzugang erhalten“ spricht, übersieht man also, dass es da schon längst Einschränkungen gibt.

Gab es überhaupt jemals so etwas wie einen offenen Zugang?

Theoretisch ja, praktisch eher nein. Die Bildungs- und Berufswahl war und ist in Österreich extrem sozial selektiv. Weil diese Selbstselektion, wie das in der Bildungssoziologie heißt, so stark ist, hat es vielleicht sogar so lange einen zumindest theoretisch offenen Zugang gegeben. Selbstselektion ist aber auch ein problematischer Begriff – er spielt auf eine naturhafte Auswahl, eine Auslese an, als wäre das nicht ein sozial ausgehandelter Prozess. Und er suggeriert, dass es da um eine Auseinandersetzung der Individuen mit sich selbst ginge, und möglicherweise sogar noch eine bewusste. Tatsächlich kann man aber sehen, dass diese Selbstausschlussprozesse hochkomplex und meistens eine Folge von sozialem Ausschluss sind, der auf eine bestimmte Art verinnerlicht wird.

Wie kann man mehr Leuten ermöglichen, diesen Ausschlüssen zu entgehen?

Das ist nicht nur, aber schon auch Aufgabe der Unis. Weil wenn uns bekannt ist, dass Frauen, oder Menschen je nach sozialer Herkunft, in bestimmte Richtungen driften, dann müssen die Unis bis zu einem gewissen Grad auch Verantwortung übernehmen und gegensteuern. Und sich Konzepte überlegen, wie sie dafür Sorge tragen, dass alle Bevölkerungsgruppen entsprechend ihrer Anteile auch an den Unis repräsentiert sind. Ich finde, es gibt gute Gründe, dass man das gesellschafts- und hochschulpolitisch als Ziel hat.

Warum gibt es beim EMS so starke geschlechtsspezifische Unterschiede?

Darüber zerbrechen sich einige ForscherInnen den Kopf, darauf gibt es verschiedene Antworten. Möglicherweise liegt es am Schulsystem. Man hatte früher ein ähnliches Problem in den USA beim zentralisierten SAT-Test. Da gab es zuerst eine Benachteiligung der Männer, daraufhin wurde der Test korrigiert. Dann waren umgekehrt die Frauen benachteiligt und dann wollten sie ihn nicht mehr korrigieren. Es ist also immer auch eine Machtfrage. Es gibt natürlich noch andere Benachteiligungskategorien, die man sich anschauen müsste. Soziale Herkunft etwa klingt immer so abgedroschen, ist aber nach wie vor ein Riesenproblem.

Gibt es eine Möglichkeit von fairen Zugangsbeschränkungen?

Naja, ich will nicht ausschließen, dass das irgendwie erreichbar ist, aber im Moment sicher nicht so einfach, wie die Leute sich das vorstellen. Vor allem sehe ich keine Debatte darüber, was soziale Gerechtigkeit beim Studienzugang heißt. Wenn Leute bestimmter Fraktionen oder Parteien sagen: „Es muss fair sein“ denk ich mir ja natürlich muss es fair sein, kein Mensch würde sagen: „Ich bin für unfaire Zulassungsverfahren!“ Aber es macht sich niemand drüber Gedanken, was heißt das, Fairness und soziale Gerechtigkeit? Wie ist es systematisch sicherzustellen? Das muss endlich gesellschaftlich ausgehandelt werden und nicht nur als Rhetorik verwendet werden, um möglichst wenig Widerspruch gegen die Einführung von allen möglichen Verfahren zu haben.

Woran liegt es, dass es so wenig Datenmaterial in diesem Bereich gibt?

Ich weiß es nicht, möglicherweise daran, dass Gerechtigkeit insgesamt nur von eingeschränktem Interesse ist.

Rothmüller, Barbara 2011: Chancen verteilen. Ansprüche und Praxis universitärer Zulassungsverfahren. Wien: Löcker.



„Mein Ziel ist, dass ich mein Bachelorstudium in sieben Semestern abschließe, sonst fiele die Beihilfe weg und ich müsste arbeiten gehen. Realistisch sind aber eher acht.“

Sarah Straßmayr, 21, studiert BWL an der WU Wien



„Ich bin im fünften Semester und habe keine Ahnung, wie lange ich noch studieren werde. Mich interessiert vieles, aber ich muss arbeiten, um mir mein Studium leisten zu können.“

Daniela Schlager, 20, studiert Transkulturelle Kommunikation an der Uni Wien



„Ich hab anfangs in Freiburg und dann in Berlin studiert. Mein jetziges Studium wird bis 2015 dauern. Ein Abbruch kommt nicht mehr in Frage, weil das genau mein Weg ist!“

Eric Vincent, 23, IBW, Uni Wien



„Ich studiere im dritten Semester und werde mit diesem Semester wahrscheinlich noch vier brauchen. Wenn ich daneben arbeiten müsste, ginge sich das Studium nicht in Regelstudienzeit aus.“

Tanja Ellmauer, 19, studiert VS Lehramt an der PH Wien



Umfrage: Eleonora Kleibel
Fotos: Alexander Götter

„Ich bin im fünften Semester und werde dieses Jahr fertig. Im Sommersemester werde ich 15 Wochen arbeiten gehen und darüber dann meine Bachelorarbeit schreiben.“

Danielle Joseph, 21, Biotechnische Verfahren, FH Wiener Neustadt

Service, das hilft!

Uni macht krank

Die Studierendensozialerhebung 2011 zeigt, dass ein großer Teil der Studierenden im Laufe ihres Studiums mit psychischen Beschwerden zu kämpfen hat. Konkret geben 47 Prozent der Studierenden an, unter studienerschwerenden Bedingungen zu leiden, aber nur die wenigsten unter ihnen nehmen auch Hilfe in Anspruch. So geben weniger als zehn Prozent an, sich schon einmal an die Psychologische Studierendenberatung gewandt zu haben, und dennoch sind die vorhandenen Beratungsstellen meist überlaufen. Zudem sind die Wartezeiten für einen Therapieplatz auf

Krankenschein besonders in den Ballungszentren sehr hoch und der psychosoziale Notdienst bietet kaum adäquate Hilfe. Dem Sozialreferat der ÖH-Bundesvertretung ist es ein Anliegen, dem entgegen zu wirken und Studierenden die Hilfe anzubieten, die sie brauchen.

Die anonyme Beratungshotline 01/585 33 33 wird vom Verein für Psychotherapie montags 15:00–18:00, mittwochs 16:00–18:00 und donnerstags 16:00–18:00 Uhr betreut. Es wird zudem bei Bedarf die Möglichkeit zu Peer Groups und Einzeltherapien geboten. (JF)

Status TeilzeitstudierendeR

Berufstätigkeit ist laut der Studierendensozialerhebung inzwischen zur Haupteinnahmequelle der Studierenden geworden, wohingegen der familiäre Unterhalt nur noch 38 Prozent der Einnahmequellen sicherstellt. So verwundert es wenig, dass 63 Prozent der Studierenden einer Erwerbstätigkeit nachgehen und dies aus finanzieller Notwendigkeit. Vereinbarkeitsprobleme von Studium und Arbeit erschweren den Studierenden nicht nur den Alltag, weil sie nicht alle Lehrveranstaltungen zur angebotenen Zeit besuchen können, sie führen zu einer

Verzögerung oder im schlimmsten Fall gar zum Abbruch des Studiums. Auch Betreuungspflichten, Praktika, die absolviert werden müssen, oder Beeinträchtigungen machen es Studierenden oft unmöglich, die für Beihilfen und Förderungen benötigten ECTS-Punkte zu absolvieren.

Daher soll Studierenden die Möglichkeit geboten werden, einzelne Semester oder das gesamte Studium im Teilzeitstatus abzuschließen, um Vereinbarkeitsprobleme zu verringern. (JF)

POLITIK



Eine Mär von der Gleichberechtigung

**Plädoyer für ein antimilitaristisches Europa.
Ein Kommentar von Elisabeth Mittendorfer.**

Im Jänner 2013 soll in Österreich bei einer Volksbefragung über die Zukunft der Wehrpflicht für Männer entschieden werden. Bereits im Vorfeld wurde dadurch auch die Diskussion um vermeintliche Geschlechtergerechtigkeit durch die Wehrpflicht losgetreten: Werden Männer durch die einseitige Wehrpflicht diskriminiert? Ist es legitim, im Sinne der Gleichberechtigung den Wehrdienst oder einen Ersatzdienst für Frauen zu fordern?

Derzeit regelt der Artikel 9a im Bundes-Verfassungsgesetz die Wehrpflicht nur für Männer. Frauen können freiwillig Dienst im Bundesheer als Soldatinnen leisten und haben das Recht, diesen Dienst zu verrichten. Die Debatte um die Wehrpflicht für Frauen ist nicht neu: Bereits im Jahr 2010 wurde die Forderung nach einer Änderung dieses Gesetzestextes im Rahmen der Diskussion um die Abschaffung der Wehrpflicht zur Sprache gebracht. Der oberösterreichische Kameradschaftsbund, ein Verband von Alt-Soldaten, sammelte Unterschriften für ein Volksbegehren zur Ausweitung der Wehrpflicht auf Frauen. Die erforderlichen 8032 Unterstützungserklärungen konnten aber nicht aufgebracht werden.

Bundespräsident Heinz Fischer sagte damals in einem Interview, dass er sich eine Wehrpflicht für Frauen vorstellen könne, sobald alle Ungleichbehandlungen zwischen Männern und Frauen abgebaut seien. SPÖ-Frauenministerin Heinisch-Hosek will über eine Wehrpflicht für Frauen erst reden, wenn die Lohnschere geschlossen und unbezahlte Arbeit gerecht verteilt ist.

Mit dem Argument „Wenn Frauen gleichberechtigt sein wollen, dann sollen sie auch zum Heer gehen“ wird vor allem im Dunstkreis von Männerrechtlern immer wieder aufgewartet. So ist die Wehrpflicht für Frauen auch eine der politischen Forderungen der *Männerpartei*. Einen Vorstoß in diese Richtung wagte im September auch der oberösterreichische FPÖ-Chef Manfred Haimbacher, indem er sich für eine Ausweitung der allgemeinen Dienst- und Wehrpflicht auf Frauen aussprach, um in diesem Bereich Gleichberechtigung herzustellen. Die Vorsitzende des SPÖ-Landtagsklubs in Oberösterreich, Gertraud Jahn, reagierte prompt mit einer Aussendung, in der sie klarstellte, dass eine „zusätzliche Dienstpflicht für Frauen keinesfalls in Frage kommt“. Ihre Begründung dafür lautete, dass Frauen nach wie vor die meiste ehrenamtliche Arbeit bei sozialen Diensten leisten würden.

Diejenigen, die für einen verpflichtenden Frauenwehrdienst eintreten und dabei das Argument vorbringen,

dass Männer und Frauen gleiche Rechte und Pflichten haben sollten, vergessen nur allzu gerne, dass Österreich diesbezüglich noch immer erheblichen Nachholbedarf hat. Das zeigt auch der *Gender Gap Report 2011*, eine internationale Studie, in der die Gleichstellung der Geschlechter analysiert wird. Besonders schlecht abgeschnitten hat Österreich in Bezug auf die Gehaltsschere zwischen Männern und Frauen: In nur 19 Ländern der Welt ist sie noch größer. Neben dem niedrigeren Einkommen und der generellen Benachteiligung von Frauen in der Arbeitswelt kommt hinzu, dass Frauen weniger Pension bekommen, sie Dienstjahre durch etwaige Karenzen verlieren und im 21. Jahrhundert noch immer den Großteil der – unbezahlten – Sozialaufgaben im privaten Bereich verrichten.

ANGEBORENE FRIEDFERTIGKEIT? Darüber hinaus ging es bei der einseitigen Wehrpflicht für Männer – historisch gesehen – nicht darum, Frauen zu bevorzugen. Lange Zeit wurde das Thema Frauen im Militär tabuisiert. Man traute Frauen schlichtweg nicht zu, den Staat zu verteidigen und verwehrte ihnen den Dienst an der Waffe. Traditionell wird Frauen nachgesagt, von Natur aus friedfertiger und körperlich nicht für militärische Handlungen geeignet zu sein. Gegen diese Vorurteile kämpfte Alice Schwarzer in dem Aufsatz *Frauen ins Militär?*, der im Jahr 1978 in der *EMMA* erschien. Darin sprach sie sich für den Zugang von Frauen zum Militär aus, wofür sie – unter anderem von feministischer Seite – scharf kritisiert wurde. Schwarzer begründete ihre Forderung damit, dass die einseitige Wehrpflicht letzten Endes auch ein Instrument dafür sei, die Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern zu definieren und zu verfestigen. Frauen den Zugang zum Militär zu verwehren, sei folglich gleichbedeutend damit, sie nicht in Machtpositionen zu lassen. Dabei machte Schwarzer aber auch klar, dass sie selbst von Wiederaufrüstung, Kasernendruck und Waffengeprotze schon immer schockiert gewesen sei. Zwei Jahre später äußerte sich Schwarzer in dem Aufsatz *PRO Frauen ins Militär* (ebenfalls in der *EMMA* erschienen) wieder zur Thematik. Neben den bereits bekannten Argumenten erklärte sie in diesem Aufsatz aber auch, dass der Zugang von Frauen zur Bundeswehr keine Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern herstellen würde, da in unserer Gesellschaft Frauen noch immer wesentlich mehr Pflichten hätten als Männer. Diese irrtümliche Annahme nannte sie eine Milchmädchenrechnung.

Trotz Schwarzers Einsatz sollte es in Deutschland noch elf Jahre dauern, bis auch Frauen freiwillig den Dienst an der Waffe antreten durften. Der Europäische

Gerichtshof entschied im Jahr 2001, dass der Ausschluss vom Dienst an der Waffe gegen den gemeinschaftlichen Grundsatz der Gleichheit von Männern und Frauen verstoße. Im österreichischen Bundesheer sind Frauen seit 1998 zugelassen. Trotzdem gab es mit Stand September 2012 nur 369 Soldatinnen beim österreichischen Heer. Bei 15.812 BerufssoldatInnen macht das einen weiblichen Anteil von 2,3 Prozent.

EIN AUSLAUFMODELL. Fakt ist: Die Wehrpflicht ist ein Auslaufmodell. Neben Österreich existiert sie nur noch in drei weiteren EU-Staaten – Finnland, Zypern und Griechenland. Die hauptsächlichen Tätigkeiten des Bundesheeres sind heute vor allem im Bereich der Katastrophenhilfe angesiedelt.

Auch im gesamtgesellschaftlichen Kontext scheint die Vergrößerung des Bundesheeres, zu welcher die Frauenwehrrpflicht unweigerlich führen würde, nicht gerade wünschenswert. Denn das Bundesheer ist letzten Endes Militär, das für Kriegseinsätze benötigt wird. Diese zu verhindern und Abrüstung zu forcieren, sollte unser aller Anliegen sein. Generell sollte aus einer antimilitaristischen Perspektive heraus niemand – weder Mann, noch Frau – dazu gezwungen werden, einen Wehrdienst ableisten zu müssen. Auch als Ersatz einen verpflichtenden Sozialdienst leisten zu müssen, ist kritisch zu hinterfragen, da der Zivildienst im Moment rechtlich nur durch einen Sonderstatus als Wehrrersatzdienst legitimiert ist. Wird die Wehrrpflicht nach der Volksbefragung tatsächlich abgeschafft, ist ein verpflichtender Sozialdienst als Zwangsarbeit im Sinne des Artikels 4 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zu interpretieren und damit klar verfassungswidrig.

Die simple Frage „Frauenwehrrpflicht – ja oder nein?“ greift in Anbetracht der oben angeführten Argumente zu kurz. Fazit ist: Die Einführung einer Wehrrpflicht für Frauen wird nicht zur Gleichberechtigung führen. Im Gegenteil – sie würde den Prozess der Angleichung von Rechten und Pflichten zwischen Männern und Frauen verlangsamen und den Frauen eine zusätzliche Last aufbürden.

Letzten Endes kann Gleichberechtigung auf allen Ebenen nur in einem demokratischen und friedlichen Europa geschaffen werden. Auch die verpflichtende Wehrrpflicht für Frauen wird diesen langsamen Prozess kaum beschleunigen können, sondern ihn eher noch bremsen.

Elisabeth Mittendorfer ist freie Journalistin in Wien.

Wehr dich!

**Staatliche Zwangsarbeit oder ein Nazi-Heer?
Unsere Autorinnen streiten um die Wehrpflicht.**

PRO: BERUFSHEER? NUR ÜBER MEINE LEICHE

Das Bundesheer hat sich über die Nachkriegsjahrzehnte hinweg wahrlich keinen guten Ruf gemacht: Schikanen, Autoritarismus und Zwangsarbeit sind meist die ersten Assoziationen ehemaliger Präsenzdiener – manchmal gar gespickt von Episoden gruseliger Geschichten über Fahrtendienste auf den Kärntner Ulrichsberg, auf den das Bundesheer mehr als fünf Jahrzehnte gebrechliche Anhänger der NS-Zeit zu einem geschichtsrevisionistischen Herbsttreffen führen musste. Wer den Dienst beispielsweise an der burgenländischen Grenze zugeteilt bekam, hatte persönlichen Erlebnisberichten zu Folge vergleichsweise noch Glück: Gegen die unsägliche Langeweile der Steppenlandschaft konnten zumindest ein Computerspiel und täglich zig verschlungene Wurstsemmeln helfen. Weniger autoritär und zeitvergeuderisch, aber doch auch problematisch, verhält es sich mit dem Zivildienst: Er führt dazu, dass das gesamte österreichische Sozialsystem auf unterbezahlter Zwangsarbeit fußt, die wiederum Lohndumping im Sozialarbeitssektor zur Folge hat.

Die nun bei der kommenden Volksabstimmung gestellte Frage zur Abschaffung der Wehrpflicht oder des verpflichtenden Zivildienstes für junge Männer im kommenden Jänner aber lautet: „Sind Sie für die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres oder sind Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes?“

Ein Berufsheer? Nur über meine Leiche. Denn: Wen würde ein solches Heer denn ansprechen? Gerade in Österreich steht zu befürchten, dass das Heer schnell von rechten WaffenliebhaberInnen eingenommen würde. Führen Nationalratswahlen dann auch noch zu einer Regierungsbeteiligung der FPÖ und die Koalitionsverhandlungen zu einem blauen Verteidigungsministerium, hat es das Nachkriegs-Österreich wieder geschafft, eine eindeutige historische Kontinuität zu früheren Zeiten zu schaffen.

Die derzeitige Regelung des verpflichtenden Präsenzdienstes oder Zivildienstes ist demgegenüber eben abseits einer abzuschaffenden Schikane für junge Männer ein System der *Checks and Balances*: Durch seinen für alle jungen Männer verpflichtenden und damit offenen Zugang verhindert es, dass das Bundesheer zum Staat im Staat, beziehungsweise zu einer militärischen Macht in den Händen von VertreterInnen einer einzelnen politischen Position gerät.

Die Antwort auf dieses Dilemma kann aber freilich keine Positionierung für weitere Zwangsarbeit und österreichischen Massenmilitarismus auf niedrigstem Niveau sein. Sie könnte nur lauten, das Bundesheer gänzlich abzuschaffen. Denn ein – in der Realität nicht „neutrales“, sondern viel mehr postnationalsozialistisches – Österreich professionell zu bewaffnen, ist viel zu gefährlich. Katastrophenschutz kann man anders organisieren und für humanitäre Auslandseinsätze sollte es ein Berufsheer eines direkt-demokratischen EU-Parlaments geben. Die beim Volksbegehren gestellte Frage zielt also auf eine fragwürdige Entscheidungsmöglichkeit und wird in keinem Fall eine Verbesserung bringen – kann aber im schlimmsten Fall eine professionelle Bewaffnung extrem rechter Positionen bedeuten. Daher sollte ihre Beantwortung entweder zugunsten der Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht oder – vielleicht treffender – eine ungültig abgegebene Stimme und damit ein Protest gegen die Fragestellung selbst sein.

Flora Eder studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien.

CONTRA: VERLORENE ZEIT FÜR DIE „HEIMAT“

Eine Radarstation im Burgenland bewachen, Leberkäs'-Semmerl im Soldheim verkaufen oder die Aufsicht über die Wäschekammer in der Kaserne. Wie sinnvoll ist das Bundesheer in seiner jetzigen Form?

Zwar musste ich selbst keinen „Dienst am Vaterland“ leisten, aber die Geschichten guter Freunde und Bekannter reichten aus, um mir ein Bild vom Bundesheer und der Wehrpflicht zu machen. Ob diese Erfahrungen im späteren Leben wirklich hilfreich sind, lässt sich bezweifeln. Neben der Sinnhaftigkeit vieler Aufgabenbereiche im Bundesheer sprechen aber auch noch andere Gründe für die Abschaffung der Wehrpflicht.

Zu den Aufgaben des Bundesheers zählen unter anderem internationale Solidaritätsleistungen im Fall von Katastrophen, Konfliktverhütung und Friedenssicherung. Beispiele hierfür sind die UN-Friedensmissionen auf den Golanhöhen und im Kosovo. Die zweimonatige Grundausbildung der Präsenzdiener reicht hierfür nicht aus, deshalb kommen in solchen Einsätzen auch jetzt schon primär Berufs- und MilizsoldatInnen zum Einsatz. Wenn sich das neutrale Österreich an Friedensmissionen im Ausland beteiligen will, dann mit gut ausgebildeten und kompetenten BerufssoldatInnen. In einem Berufsheer würden die angehenden SoldatInnen auf einem viel höheren Niveau ausgebildet und somit umfassend auf ihre späteren Aufgaben und Einsätze im In- und Ausland vorbereitet werden.

Eines der Hauptargumente für die Wehrpflicht ist, dass ein kleineres Berufsheer den (Natur-)Katastrophenschutz im Land nicht gewährleisten kann. Zwar stimmt es, dass Österreich im Falle einer Naturkatastrophe weniger Frauen und Männer zur Verfügung hätte, allerdings handelt es sich dann um SpezialistInnen. Diese können effizientere und somit bessere Hilfe leisten – Qualität vor Quantität also. Außerdem gibt es die Option, auf freiwilliger Basis einen Pool an KatastrophenhelferInnen aufzubauen, im Ernstfall zusätzlich mobilisiert.

Im Zuge der Wehrpflichtdebatte wird außerdem oft auf den Zivildienst als unverzichtbaren Bestandteil des österreichischen Sozialsystems verwiesen. Der Abschaffung der Wehrpflicht würde auch der Zivildienst zum Opfer fallen. Doch wie fortschrittlich ist ein Land, dessen Gesundheitsversorgung auf unterbezahlten und schlecht eingeschulten jungen Männern aufbaut? Das Argument, dass der Staat Österreich aus finanziellen Gründen auf die Zivildienstler angewiesen sei, kann nicht geltend gemacht werden. Mit einem freiwilligen sozialen Jahr könnte ein Großteil der Zivildienst-Stellen nachbesetzt werden. Diese jungen Menschen würden erstens fair entlohnt und zweitens auch besser vorbereitet und ausgebildet werden.

Grundsätzlich sollte in der gesamten Diskussion nicht vergessen werden, dass es sich bei der Wehrpflicht – ob Mann nun Rekrut oder Zivildienstler ist – um staatliche Zwangsarbeit handelt. Auch wenn es manchmal in Österreich nicht so scheint, schreiben wir das Jahr 2012. Folglich sollte diese Art von staatlicher Arbeitsverpflichtung, und möge sie noch so sehr dem Wohl der Gesellschaft und der „Nation“ dienen, schon längst Geschichte sein.

Katrin Walch studiert Soziologie an der JKU Linz.

GELD ODER LEBEN

Mit der jüngsten Reform des spanischen Gesundheitswesens verloren mehr als 150.000 MigrantInnen ohne regulären Aufenthaltsstatus ihr Anrecht auf Versorgung. Einzelne Regionen und tausende ÄrztInnen rebellieren. Sie wollen weiter kostenlose Behandlungen gewähren.

Foto: Jan Marot

Mit erstem September diesen Jahres verloren aber tausende „Sin Papeles“ (zu deutsch „Ohne Papiere“) in Spanien ihr Anrecht auf Gesundheitsversorgung. Die Rechtsregierung unter Premier Mariano Rajoy stoppte per Gesetz (Real Decreto 16/2012) die jahrzehnte-lang gültige „universelle“ Gesundheitsversorgung, die auch für MigrantInnen mit irregulärem Aufenthaltsstatus galt. Zig E-Cards waren von einem Tag auf den anderen ungültig.

Je nachdem, in welcher Region Spaniens die Betroffenen leben, sind nun unterschiedlichste Regelungen in Kraft. Sowohl die Verwirrung und der Widerstand unter ÄrztInnen und PflegerInnen als auch die Ängste der MigrantInnen sind folglich immens. Dabei wollte die konservative Gesundheitsministerin aus den Reihen des *Partido Popular* (PP), Ana Mato, in erster Linie dem „Gesundheitstourismus“, der laut spanischem Rechnungshof 2009 bereits ein Budgetloch von knapp 900 Millionen Euro gerissen hat, ein Ende setzen. Spanien dürfe nicht länger „das Paradies der illegalen Einwanderung“ sein, wie sie meint. Einzig für Minderjährige, bei Notfällen oder auch Schwangerschaften sollen ÄrztInnen weiter Hilfe leisten, versicherte Mato in einem vergeblichen Versuch, die Wogen zu glätten.

DROHENDER RUIN. Wer nun im Krankheitsfall Dienstleistungen in Anspruch nehmen will, muss, sofern er oder sie unter 65 Jahre alt ist, einen Betrag von 710,40 Euro jährlich bezahlen. Wer älter ist, dem winken gar Kosten von 1864,80 Euro. Doch mit der neu etablierten „Versicherung“ ist lediglich die Grundversorgung gedeckt. Krankentransporte, Prothesen und Rollstühle etwa werden nicht gedeckt. Zudem sollen MigrantInnen

auch 100 Prozent der Medikamentenkosten selber tragen. „Die Summen sind gerecht und zumutbar“, rechtfertigte der Gesundheitsrat der Region Kastilien-La Mancha, José Ignacio Echániz (PP), in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Mato die Reform. Wer sich nicht versichert, dem winkt aber der Ruin.

Denn nur ein einziger Tag auf der Intensivstation kostet in Kastilien-La Mancha 2824 Euro. Wer seine Beiträge nicht berappt und Rechnungen nicht bezahlen kann, verliert zudem die Aufenthaltsbewilligung, sofern eine solche denn existiert. Die Caritas prüft zur Zeit noch, welche Folgen das Nichtbezahlen für MigrantInnen hat, und warnt, dass jenen, die bislang zumindest gemeldet waren, in diesem Fall eine Art „ziviler Tod“ drohe, mit dem sie vollends aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden würden. „Schulden werden sich akkumulieren. Wer nicht bezahlt, dem droht die Sperre und Pfändung seines Bankkontos“, weiß Francisco Solans von der spanischen Anwaltskammer, wo er mit AusländerInnenrechten betraut ist. Einen Privatkonkurs gibt es in Spanien ohnehin nicht.

Doch wie die nötigen Beträge etwa von PflegerInnen und HaushaltshelferInnen, die in der Schattenwirtschaft arbeiten, von TagelöhnerInnen in dem „Plastikmeer“ aus Gewächshäusern rund um das südspanische Almeria, oder von den vielen StraßenhändlerInnen aufgebracht werden sollen, fragen sich FlüchtlingshelferInnen und Oppositionsparteien gleichermaßen. Immerhin sollen es zwischen 150.000 und 200.000 Menschen aus nicht EU-Staaten sein, die aus dem System gekippt wurden, wie offizielle Ministeriumszahlen belegen.

WIDERSTAND. Doch nicht alle spanischen Regionen wollen dem Spardiktat der Madrider Zentralregierung Folge leisten. Abseits der PP-regierten Regionen Madrid, Valencia, Aragón, Balearen und Kastilien-León, wo ein jeder Arztbesuch fortan verrechnet wird, selbst wenn der oder die Kranke keine Mittel hat, um diesen zu bezahlen, rebellieren etwa das von einer Koalition aus SozialistInnen und Linken regierte Andalusien sowie Katalonien und das Baskenland gegen Matos Pläne. Hier müssen MigrantInnen jedoch ihre lokale soziale Verwurzelung nachweisen, um einen Massenansturm aus anderen Regionen zu verhindern. Diese Regionen gewähren MigrantInnen weiterhin eine kostenlose Gesundheitsversorgung über eine im Leistungsumfang limitierte eigene Form der E-Card. Und auch das konservativ regierte Galicien bietet MigrantInnen ohne regulären Status die selben Rechte in Sachen Gesundheit wie den SpanierInnen.

DAS GELD ZÄHLT, NICHT DER MENSCH. „Es ist ein Trugschluss, zu glauben, MigrantInnen ohne Aufenthaltsstatus seien GesundheitstouristInnen“, beklagt Sylvia Koniecki, die sich seit mehr als 25 Jahren bei *Granada Acoge* für MigrantInnen einsetzt: „GesundheitstouristInnen sind meist EU-BürgerInnen oder Menschen, die aus reicheren Nationen nach Spanien kommen, um sich behandeln zu lassen.“ Mit der neuen Regelung zähle nicht mehr der Mensch, sondern nur mehr das, was er ökonomisch beisteuert, kritisiert Koniecki.

Auch viele ÄrztInnen steigen zudem auf die Barrikaden. „Retten wir Menschen, nicht Banken“, stand etwa auf einem Transparent bei einer Demonstration von MedizinerInnen in Madrid Ende August zum



Protest gegen die „Apartheid im Gesundheitswesen“. Diesen Begriff brachte der Arzt Ricardo Angora, Mitglied von *Medicos del Mundo* [übersetzt: *Ärzte der Welt*] in die Debatte ein. Er pocht auf „das Recht der Ärzte zu behandeln und zu heilen“. „Es geht bei der Gesundheit nicht um ein Privileg, sondern um ein Menschenrecht“, ist er überzeugt. Álvaro González, Präsident der spanischen NGO, die das sofortige Außerkraftsetzen der betreffenden Gesetzgebung fordert, hofft, „dass die Mobilisierung der Bürger und der starke gesellschaftliche Widerstand gegen die Reform den eingeschlagenen Weg korrigieren werden“.

Und auch MigrantInnenvereine wollen mit Kundgebungen, über den Druck der Straße das Gesetz kippen, das Gilberto Torres vom Dachverband der Flüchtlingshilfsorganisationen Spaniens, als diskriminierend bezeichnet. Auf der Internetplattform *yosisanidaduniversal.net* werden zudem Fallbeispiele und Leidenswege dokumentiert. Zugleich gibt das Portal auch ÄrztInnen Rat, wie sie weiter – etwa in Berufung auf das Gewissen und den Berufsethos – behandeln können, ohne in einer rechtlichen Zwickmühle zu enden oder gar den Job zu verlieren. Zudem werden freiwillige BegleiterInnen vermittelt, die mit MigrantInnen ohne regulären Aufenthaltsstatus gemeinsam zum Arzttermin gehen.

RATIONALITÄT VERSUS SOLIDARITÄT. Mikel Mazkiarán von *SOS Racismo* kritisiert, dass „ein funktionierendes Modell zerstört worden ist und nun die Improvisation regiert“. Auch *Ärzte ohne Grenzen* schlägt Alarm. Deren Sprecher konstatierte gegenüber *El País*: „Es herrscht große Verwirrung unter MedizinerInnen und unter MigrantInnen, die

sich nun vor dem Arztbesuch fürchten, und auch im Krankheitsfall davon absehen, weil sie sich ausweisen müssen.“ Sie listen Fälle auf, wie jenen von M. (32) aus Bolivien, die schwarz als Putzfrau arbeitet. Sie leidet an Depressionen, seit ihr Sohn schwer erkrankt ist, aber kann sich ihre Behandlung nun nicht mehr leisten. P. aus Rumänien leidet an Lungentuberkulose und Diabetes und wird kein Insulin mehr erhalten, während die offene Infektionskrankheit nun auch zum Risiko für seine Mitmenschen werde. Ganz zu Schweigen von den vielen AIDS- oder Krebskranken, deren Behandlung, wenn überhaupt, einzig unter hohen Kosten fortführbar ist. „Es kann nicht sein, dass man einzig wegen der nicht und nicht enden wollenden Wirtschaftskrise Menschen mir nichts dir nichts aus der Gesundheitsversorgung ausschließt“, kritisiert Hassan Q. (35) aus Marokko, der seit sechs Jahren in Granada lebt und sich mit Gelegenheitsjobs durchschlägt.

„Die Rationalität dominiert, nicht die Solidarität. Es gilt einzig zu sparen und Epidemien vorzubeugen“, klagt Miguel Fonda, Präsident des Dachverbands der Rumänen in Spanien (FEDROM): „Viele Menschen werden nicht mehr behandelt. Das wird gefährliche Konsequenzen haben, nicht nur für die Betroffenen.“ Auch Joe Illoh, Präsident des Vereins der Nigerianer Spaniens wettet gegen das neue Gesetz: „Die extrem nachteilige Maßnahme der Regierung trifft unsere Gemeinschaft sehr stark. Verunsicherung und Angst regieren.“

Der Autor Jan Marot ist freier Journalist in Granada, Spanien.



„Das neue Gesetz, das MigrantInnen ohne legalen Aufenthaltsstatus aus dem öffentlichen Gesundheitssystem wirft, ist eine absolute Katastrophe. Zum Glück werden wir hier in Andalusien noch behandelt. Andernorts muss man fortan viel Geld zahlen, wenn man zum Arzt geht. Doch auf der Straße verdienen wir viel zu wenig. Menschen werden sterben. Und mehr noch, wer nicht behandelt wird, steckt viele andere an.“

Modou K. (35) aus dem Senegal schlägt sich seit mehr als sechs Jahren als Straßenhändler in Granada durch.



„Ich bin vor drei Monaten extra aus Alicante nach Granada gezogen, denn in der Region Valencia gibt es im Gegensatz zu Andalusien keine Gesundheitsversorgung für Menschen wie mich, die keine Papiere haben. Das kann doch nicht die Lösung sein. Die geforderten Beiträge kann sich niemand leisten. Es gibt keine Arbeit. Jeden Tag gehe ich in die Armenküche, um zumindest etwas Essen zu bekommen. Ich lebe in ständiger Angst, abgeschoben zu werden.“

Ismael S. (36) aus Mali lebt seit sieben Jahren in Spanien.



„Zum Glück haben Ärzte und Pfleger ein viel größeres Herz als Politiker, die meist nur Populismus schüren und auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind. Die Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht. Die Gesundheit eines jeden ist immens wertvoll, dennoch darf sie keinen Preis haben.“

Nordin S. (56) kam bereits vor 22 Jahren aus dem marokkanischen Casablanca nach Spanien und führt ein Geschäft in Granada, seit er seinen Aufenthaltsstatus legalisiert hat.

Braune Hilfe

Mit Wissen des Verfassungsschutzes unterstützten zwei rechtsextreme Vereine jahrzehntelang inhaftierte Alt- und Neonazis. Zugleich nutzten sie zahlreiche Spenden für den Erhalt und Aufbau der rechtsextremen Szene in Deutschland.

Unter dem Namen *Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e. V.* wurde am 7. Oktober 1951 ein Verein gegründet, der es sich zum Ziel gesetzt hatte, nach Kriegsende gesuchte SS-Männer ins Ausland zu schleusen. Darüber hinaus war auch die finanzielle und rechtliche Betreuung von NS-Kriegsverbrecher_innen Aufgabe des Vereins. Zugleich wurden auch Ressourcen für die (Neo)Naziszene beschafft.

Besonders in den Anfangsjahren zeigte sich die enge Verquickung mit der katholischen Kirche, Großbürger_innentum und Adel. Zu Beginn setzte sich dessen Vorstand aus kirchlichen Würdenträgern sowie aus ehemaligen hochrangigen SS-Offizieren wie Wilhelm Spengler und Heinrich Malz zusammen. Letzterer war persönlicher Referent von Ernst Kaltenbrunner gewesen, der als Chef der Sicherheitspolizei und des SD für die Ermordung von einer Million Menschen verantwortlich war.

Die Hauptaufgabe der *Stillen Hilfe* bestand zu dieser Zeit in der Organisation von Fluchtaktionen für Nazis, die von der alliierten Justiz gesucht wurden. Ihre Wege führten über Italien bevorzugt nach Südamerika, das als sicher und politisch zuverlässig galt. Vorsitzende der *Stillen Hilfe* war Prinzessin Helene-Elisabeth von Isenburg, die sich bereits unmittelbar nach Kriegsende um verurteilte NS-Kriegsverbrecher_innen gekümmert hatte. Später wandte sie sich erfolgreich an Papst Pius XII, der sich unter anderem bei der polnischen Regierung für die Begnadigung des ehemaligen Gauleiters Arthur Greiser einsetzte.

AUF DER FLUCHT. Italienische Priester halfen den Nazis, die Grenze zu überqueren, indem sie diese durch entlegene Klöster schleusten – die Rattenlinie, wie sie von den US-Geheimdiensten genannt wurde. Einmal über die Grenze, stattete das *Rote Kreuz* die Kriegsverbrecher_innen mit neuen Pässen aus, wovon auch Adolf Eichmann, ein zentraler Drahtzieher des Holocausts, profitierte. Im Vatikan half Alois Hudal, Rektor des Priesterkollegs *Teutonico* in der Kirche Santa Maria dell' Anima. Er trug den Beinamen „der braune Bischof“, weil er NSDAP-Mitglied der ersten Stunde und Träger des Goldenen Parteiabzeichens gewesen war. Hudal half unter anderem dem ehemaligen Kommandanten des Vernichtungslagers Treblinka, Franz Stangl, dabei, einem Prozess zu entkommen.

DIE STILLE HILFE UND DIE NÄCHSTE GENERATION. Der Einfluss der *Stillen Hilfe* geht aber über die unmittelbare Nachkriegszeit hinaus. Personen, die

bestens in den höchsten Kreisen vernetzt waren und sind, bilden auch nach den 1960ern ihr Fundament. Ein Beispiel ist Klaus Goebel. Er arbeitete als Anwalt für den Verein und verfügte gleichzeitig über beste Kontakte ins rechtsextreme Spektrum als auch zu „allerhöchsten Kreisen der CDU und CSU“. Die Auswahl der Mandant_innen Goebels belegt den Wandel der Arbeit der *Stillen Hilfe*. So vertrat Goebel mit den Holocaust-Leugnern Gerd Honsik und David Irving Personen der Nachkriegsgenerationen. Auch prominente Politiker setzen sich für die Ziele des Vereins ein – etwa Alfred Dregger, 1982–1991 Fraktionschef der CDU, sowie Franz Josef Strauß (CSU), 1978–1988 bayerischer Ministerpräsident. Durch die Einstufung als gemeinnütziger Verein profitierte die *Stille Hilfe* davon, dass sie steuerfrei Spenden erhalten konnte. Auf diese Weise verfügte sie über große finanzielle Mittel. Reichlich spät, nämlich erst im Dezember 1998, entschied das Finanzgericht Düsseldorf, dass dem Verein der gemeinnützige Status abzuerkennen sei.

Als „eine der tragenden Säulen“ der *Stillen Hilfe* bezeichnen Andrea Röpke und Oliver Schröm (Autor_innen des Buches *Stille Hilfe für braune Kameraden*) Gudrun Burwitz, die Tochter Heinrich Himmlers. Aufgrund ihrer Verwandtschaftsverhältnisse und ihrer ungebrochenen Anhängerschaft gilt sie als Ikone der rechtsextremen Szene. Das gibt ihr einen gewichtigen Status innerhalb des Vereins, auch ohne Formalfunktionen. Bei wichtigen Veranstaltungen der deutschen und österreichischen rechtsextremen Szene, wie dem Ulrichsbergtreffen in Kärnten, tritt sie als graue Eminenz auf. Auch als mittlerweile 83-Jährige engagiert sich Burwitz weiter für NS-Kriegsverbrecher_innen wie den ehemaligen dänischen Waffen-SS-Freiwilligen Søren Kam, der an der Deportation dänischer Jüdinnen und Juden sowie an der Ermordung eines Journalisten beteiligt gewesen war. Die Arbeit der *Stillen Hilfe* fokussiert nunmehr auch darauf, den verbliebenen Altnazis ein angenehmes Leben zu verschaffen, etwa in hochpreisigen und gediegenen Altersheimen.

STILLE HILFE AUCH FÜR NEONAZIS. 1979 wurde in Frankfurt am Main die *Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.* gegründet. Sie ist das neonazistische Äquivalent zur *Stillen Hilfe*. Die seit September 2011 verbotene Organisation versorgte inhaftierte Neo- und Altnazis mit Geld, Briefkontakten, Lektüre und Briefmarken. Ziel war nicht die Resozialisierung der Straftäter_innen, sondern „die Verfestigung einer beim Straftäter

angelegten nationalsozialistischen Gesinnung. Durch systematische Relativierung des begangenen Unrechts soll der Inhaftierte in seiner rechtsextremistischen Überzeugung und seinem Tun bestärkt und zur Begehung weiterer Straftaten motiviert werden“. Zu den betreuten Personen gehörten prominente NeoNazis wie Horst Mahler oder Martin Wiese. Bis zu ihrem Verbot galt die HNG mit ca. 600 Mitgliedern als größte neonazistische Organisation in Deutschland.

In der HNG engagierten sich bekannte Neonazis wie der mittlerweile verstorbene Anwalt und stellvertretende Bundesvorsitzende der NPD Jürgen Rieger, die ehemalige BDM-Führerin Gertrud Herr und der zum militanten Flügel der rechtsextremen Szene zählende Christian Worch, der die *Stille Hilfe* als Vorlage für die HNG bezeichnete. Im Zuge der Verbote zahlreicher Neonazi-Organisationen wie der *Wiking-Jugendum* 1995 wurde die HNG dann zum Sammelpunkt der Neonazi-Szene. Die enge Verbindung wird auch daran erkenntlich, dass die damalige HNG-Vorsitzende Ursula Müller Preise von der Partei für ihr Tun bekam und dass man sich auf den jährlichen Kongressen der HNG traf.

SPÄTES VERBOT. Seit gut einem Jahr ist die HNG mittlerweile verboten. Gefragt nach der Lücke, die dieses Verbot in der Neonazi-Szene hinterlasse, meint Bernd Wagner, Mitbegründer der Neonazi-Aussteiger_innen-Initiative *Exit Deutschland*: „Das Verbotverfahren war schmerzlich für die rechtsextreme Szene. Dennoch besteht das Personenfeld der HNG weiterhin. Von Seiten der Justiz gibt es keine Aktivitäten, die sie bedrohen würden. Die Personen sind weiterhin aktiv in der Szene und gelten als Schlüsselfiguren.“ Auch nach Österreich pflegte die HNG vor dem Verbot enge Kontakte, auch wenn sie keine dort Inhaftierten betreute. So zum Beispiel zum Holocaust-Leugner Gottfried Küssel.

Mittlerweile finden sich bereits Organisationen, die sich als Nachfolgerinnen der HNG deklarieren, wie die Internetseite *White Prisoner and Supporter Day*, die sehr ähnlich wie die HNG agiert, bloß nicht auf Deutschland beschränkt. Allerdings ist die Seite zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr im Internet zu finden. Aussteige-Angebote für inhaftierte Neonazis gibt es dagegen kaum.

Julian Bruns studierte Skandinavistik, jetzt studiert er Politikwissenschaft an der Uni Wien.



Schwarze Fahne im Parlament?

Wer sich der Piratenpartei seriös nähern will, muss erst einmal die Klischeefalle vermeiden. Eine so junge politische Bewegung hat einen zweiten und einen dritten Blick verdient.

Grafik: David Ferreira

Eine Vorwarnung: Das ist kein Artikel, der die Welt erklären will. Normalerweise geht das ja so: Wer mit einem *Piratenpartei*-Text die Hirne der LeserInnen entern und nicht bei der Überschrift schon Schiffbruch erleiden will, muss in jedem zweiten Satz eine Jack-Sparrow-Metapher einbauen. Dann werden die PiratInnen wahlweise zu den kommenden HerrscherInnen der Weltmeere oder zum Sturm im Wasserglas erklärt. Zu viele Indianer ohne Häuptling, weltfremde IT-Nerds, FDPler ohne Porsche. Viel hat sich die *Piratenpartei* schon nennen lassen müssen. Was unbestritten ist: Sie hat bisher eine Erfolgsgeschichte hingelegt. 7,1 Prozent bei der Europawahl in Schweden 2009 waren gleichbedeutend mit dem ersten Einzug eines Piraten in ein legislatives Gremium. Drei Piraten sitzen in tschechischen Kommunalparlamenten, zwei Piraten in spanischen Gemeinderäten und ein Mandat in einem Schweizer Kanton wird von einem Piraten eingenommen. Das Mekka der *Piratenpartei* ist Deutschland. Mit insgesamt 45 Landtagsabgeordneten im Saarland, in Nordrhein-Westfalen, in Schleswig-Holstein und in Berlin sowie 194 VertreterInnen in Gemeinden sind die deutschen PiratInnen mitten im Parteiensystem angekommen. Zwischenzeitlich bis zu zwölf Prozent in deutschlandweiten Umfragen nach dem sensationellen Einzug ins Berliner Landesparlament im Herbst 2011 machten die *Piratenpartei* zum ersten ganz neuen politischen Player auf der Bühne des größten EU-Mitgliedsstaats, seitdem die *Grünen* vor 29 Jahren in den Bundestag eingezogen sind. In Berlin ärgern sich SPD und *Grüne* seit Monaten, dass die *Piratenpartei* ihre mögliche Mehrheit bei den nächsten Bundestagswahlen so gut wie verunmöglicht. Auch Österreich hat inzwischen seinen gewählten Piraten: Bei der Innsbrucker Gemeinderatswahl im April dieses Jahres zog Alexander Ofer mit 3,8 Prozent der Stimmen ins Stadtparlament ein.

„BALLETTSCHWUCHTELN“ UND „REALDEMOKRATEN“. Innsbruck ist aber nicht nur der erste Gemeinderatseinzug der neuen Partei. Die Tiroler Landeshauptstadt ist auch ein schönes Beispiel dafür, woran es bei den PiratInnen in Österreich krankt. Kurz nach dem Wahlerfolg gab es sofort erste Positionskämpfe. Es folgten Parteiausschlüsse und gegenseitige Klagsdrohungen. Mittlerweile hat sich Österreichs einziger gewählter Pirat mit seiner Landesorganisation überworfen. Auf Heinrich Stemeseders Facebook-Wall finden sich zahlreiche Fotos von Erotik-Models, der „PiratenAnwalt“ hetzt außerdem gegen „Ballettschwuchteln“. Österreichs *Piratenpartei* wiederum hatte kürzlich einen schmerzhaften Abgang zu

verkräften: Der ehemalige *Piratenpartei*-Chef Stephan Raab gründete mit drei Mitstreitern die *Realdemokraten*, die ebenfalls bei der Nationalratswahl 2013 kandidieren wollen. Nur in der Steiermark und in Wien gibt es gewählte Vorstände der *Piratenpartei*. Die Wiener PiratInnen sind inzwischen für ihre Stammtische in ihr drittes Lokal übersiedelt, nachdem ihnen zwei Mal Hausverbot erteilt wurde. Unter anderem, weil Vorstands-Mitglied Rodrigo Jorquera einen anderen Piraten körperlich attackiert haben soll. In allen anderen Bundesländern sind die PiratInnen in der Gründungsphase. Ein relativ präzises Parteiprogramm haben die steirischen Piraten im September diesen Jahres beschlossen. Es enthält nicht nur allgemeine Positionierungen im liberalen Spektrum, sondern auch konkrete Forderungen wie die Nicht-Privatisierung eines Grazer Krankenhauses, die Rücknahme der Alkohol-Verbotzonen in der Landeshauptstadt und die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche PartnerInnenschaften. Dennoch: Die PiratInnen zwischen Neusiedler See und Schwäbischem Meer bleiben ein Fleckerlteppich von ambitionierten Linksliberalen und frustrierten ModernisierungsverliererInnen, die sich als Opfer eines politischen Systems sehen, das sie oft gar nicht zu fassen kriegen.

NERD-ALARM? Eine Gruppe fehlt in der Aufzählung: in der IT-Branche beschäftigte Menschen, die rund um die Proteste gegen das Datenschutzabkommen ACTA das erste Mal auch in Österreich auf sich aufmerksam gemacht haben. Die Demonstrationen gegen das EU-Abkommen waren die erste Gelegenheit, bei der man in Österreich vielerorts PiratInnen-Fahnen sehen konnte. Aus dem männlich dominierten IT-Milieu kommt auch der programmatische Fokus der *Piratenpartei*. Denn trotz aller Unterschiede: Bei den sogenannten Internet-Themen sind sich die PiratInnen von Stockholm bis Barcelona und von Klagenfurt bis Kiel einig. Das ist es auch, was Aufschluss über potenziellen Erfolg und Misserfolg der PiratInnen geben könnte.

LEBENSWELT INTERNET. 76 Prozent aller ÖsterreicherInnen haben Zugang zum Internet, 91 Prozent der unter-30-Jährigen verbringen zumindest Teile ihrer Freizeit online. Dass in mehreren deutschen Städten am Höhepunkt der Proteste gegen ACTA vor allem junge, nicht politisch organisierte Menschen anwesend waren, führt Markus Beckendahl darauf zurück, dass sich sogenannte „YouTube-Kids“ an den Aufrufen beteiligt haben. Diese Teenager betreiben auf der weltweit

größten Videoplattform ihre privaten Tagebücher und berichten über ihre neue Frisur, das neue Auto des großen Bruders und über das Outfit, das sie am Samstag in die Disco anziehen werden. Und auf einmal berichteten die „YouTube-Kids“ in Deutschland auch über ACTA. Nicht aus theoretisch-weltanschaulichem Interesse, sondern weil sie verstanden hatten, dass das Abkommen ihre unmittelbare Lebenswelt und den Lieblingstreffpunkt ihrer Freizeit gefährden würde. „Die nehmen uns unser Wohnzimmer weg“, sagt ein Videoblogger in einem Aufruf zu den Demos.

NAGELPROBE BERLIN. Im „digital gap“ liegt die Chance der PiratInnen. Denn auch wenn viele Grüne und netzaffine SozialdemokratInnen schon seit mehreren Jahren die Themen Datenschutz, Netzneutralität und Open Government beackern, ist die *Piratenpartei* trotzdem am klarsten mit dem Thema „Internet“ verknüpft. Diese Positionierung ist doppelt erfolgversprechend: Einerseits, weil die Netzthemen längst keine Nischenprobleme mehr sind. Und andererseits, weil mit der Netzpolitik ein modernes, kreatives Image verknüpft ist. Die Nagelprobe für die *Piratenpartei* findet in Berlin statt: Hier waren die PiratInnen bei den Landtagswahlen auch deswegen erfolgreich, weil sich eine einmalige Chance bot. Die Grünen waren mit dem Rückenwind der gewonnenen Wahlen im bürgerlichen Südwesten des Landes als „neue Volkspartei“ im Gespräch, inszenierten ihre Bürgermeisterkandidatin Renate Künast bombastisch und machten damit Platz für eine nicht-etablierte, linksliberale Oppositionspartei. Jetzt muss sich die Fraktion im Landesparlament beweisen. In der Berliner Fraktion sitzen 14 Männer und eine Frau. Österreichs PiratInnen sind von diesen realpolitischen Sphären noch weit entfernt. Ihr innerparteilicher Aufbau ist aber schon wie beim großen Bruder in der Bundesrepublik. Im Bundesvorstand sitzen drei Männer, im Länderrat sechs Männer. Frauen sucht man in den höchsten Gremien der Österreichischen PiratInnen vergeblich. Das ist mehr als ein Schönheitsfehler: Es ist ein Zeichen für mangelnden Pluralismus. Schade, denn die *Piratenpartei* wäre eine Chance für das verkrustete Parteiensystem dieser Republik. Vor allem in Kenntnis der Alternativen, die sich bei der Nationalratswahl 2013 anstellen, um den etablierten Parteien ihre Stimmen und Mandate streitig zu machen.

Paul Aigner hat Politikwissenschaft und Pädagogik in Wien und Innsbruck studiert und bloggt u.a. zur Piratenpartei auf www.verschrift.me.

Foto: Moritz Schweizer



SCHWEIZ: DEBATTE UM „AUSSCHAFFUNG“

Nachdem in der Schweiz per Volksbescheid die „Ausschaffung“ straffällig gewordener AusländerInnen beschlossen wurde, gibt es nun wieder Debatten um die Anwendung der Gesetzesbestimmung. Wie die *Neue Zürcher Zeitung* berichtet, stellte sich in einer Debatte des Schweizer Bundesgerichts heraus, dass die Bestimmung, die eine automatische Ausweisung vorsieht, teilweise in Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention steht und daher nicht in vollem Umfang anwendbar ist. (poig)

Foto: Maria Dannek



„REBRANDING“ ISLAM

Das *Islamische Kulturzentrum Graz* hat in Zusammenarbeit mit der israelischen Bewegung *Public Movement* im September die Kampagne *Rebranding European Muslims* eröffnet. Diese soll die öffentliche Meinung über den Islam durch ein „Rebranding“ zum Positiven verändern. Mit dieser Aufgabe wurden namhafte Branding-Agenturen aus Istanbul, Amsterdam und Wien betraut. Nach der Eröffnung in Österreich soll die Kampagne auch in andere Länder weiterziehen. (ehr)

Grafik: Julia Kolda



GOOGLE - SELEKTIERTE SUCHERGEBNISSE?

Google hat im Sommer ein Rechtsgutachten beim renommierten Professor Eugene Volokh, University of California, in Auftrag gegeben. Dieser meint, Google habe als „publisher“ ein Recht auf freie Meinungsäußerung. Ähnlich einer Zeitung, die sich aussuchen kann, was gedruckt wird, soll Google auswählen dürfen, welche Suchergebnisse angezeigt werden und welche nicht. Außerdem soll Google die Stellung als „connector“ genießen können: keine Verantwortung für die angezeigten Inhalte. (ehr)

Foto: (c) ffmfowl



ASSASSINATE ASSANGE

Das Theaterstück *Assassinate Assange* von Angela Richter soll sich dem Leben und Wirken des umstrittenen Julian Assange widmen. Im September wurde es in Hamburg uraufgeführt. Seither gibt es rege Kontroversen rund um das Stück. Vor allem wird der Regisseurin vorgeworfen, keine kritische Distanz zu Assange zu haben. Zur Erstaufführung in Wien veröffentlichte die *Basisgruppe Theaterwissenschaft* auf ihrer Homepage <http://thewi.at> einen offenen Brief an die VeranstalterInnen, der die Absage der Aufführung verlangt. (poig)

Foto: fels



PROTESTE GEGEN HUMAN LIFE INTERNATIONAL IN WIEN

Von 4.–8. Oktober veranstalteten fundamentalkatholische AbtreibungsgegnerInnen der Gruppierung *Human Life International* (HLI) einen Kongress in Wien. Wichtiger Programmpunkt waren laut der Homepage www.hli.at „tägliche Messen und Sühne für Abtreibungen“. Das Hauptanliegen sei der „Lebensschutz“. Von verschiedener Seite wurde zum Protest gegen HLI und ihre diffamierenden Inhalte im Allgemeinen sowie gegen den „Welt-Gebets-Kongress“ im Speziellen aufgerufen. (poig)

Foto: archiv



UNGARN: SPÜRBARER ANTISEMITISMUS

Ein in der *Neuen Zürcher Zeitung* erschienener Bericht beschreibt die Situation ungarischer Jüdinnen und Juden als besorgniserregend. Nach sich häufenden antisemitischen Übergriffen und Sachbeschädigungen in den letzten Jahren und der Verharmlosung dieser Tendenzen durch die ungarische Regierung unter Orban bestünde ein Klima des Unbehagens. Nur mehr wenige bekennen sich öffentlich zu ihrer Zugehörigkeit zur jüdischen Gemeinschaft. Nun werde offen über Auswanderung gesprochen, entsprechende Anfragen gingen demnach bei der *Wiener Jüdischen Kultusgemeinde* ein. Mehr zur aktuellen Lage in Ungarn auf Seite 34. (poig)

Utopie Kindheit

Über die Angst vor dem Älterwerden
und die Sehnsucht nach Freundschaft



Freundschaft!

Woher kommt die Angst vor dem Älterwerden? Und was hat das mit der Sehnsucht nach Freundschaft und der Geborgenheit der Kindheit zu tun? Ein Dossier auf den Spuren des Glücks.

Neue Ideale

In der deutschsprachigen Literatur des 18. Jahrhunderts war wohl einer der am meisten bemühten Begriffe jener der „Freundschaft“. Anders als beispielsweise Frankreich, besaß Deutschland kein politisches Zentrum und war zerstreut auf über 100 autonome Gebiete. Kirche und Staat fuhren einen rigiden und repressiven politischen Kurs. Bildungsnahen Schichten, die ein liberales Bürgertum formen hätten können, wurden zerschlagen. Intellektuelle Kreise waren nicht im Stande, eine „aufgeklärte“ kritische Öffentlichkeit aufzubauen und flüchteten sich ins Private. Im Gegensatz zu den Idealen der Nation und des Volkes hielten sie Ideen der Zweisamkeit und Freundschaft (zwischen Männern) hoch. Damalige Freundschaftskonzepte bedeuten vor allem den Rückzug aus der Gesellschaft und ein elitäres Gefühl intellektueller Überlegenheit gegenüber dem höfischen Adel, das sich aber nicht weiter politisch entfalten konnte.

Freundschaften

Mit dem Zusammenbruch feudaler Systeme durch die Aufklärung und die Umstrukturierung der Gesellschaft durch die industrielle Revolution entstanden neue gesellschaftliche Klassen und Lebensmodelle. Neuartig gegenüber den feudalen Lebensrealitäten war, dass sich eine Trennung von privater (der Haushalt als privates Eigentum und Rückzugsort) und öffentlicher Sphäre (Politik und Staat) vollzog. Der Mann ist Besitzstandwahrer und nimmt als Bürger an öffentlichen und politischen Diskursen teil. Die Frau verrichtet ihre Arbeit „unsichtbar“ im privaten Haushalt und soll sorgende Mutter und gleichzeitig repräsentative Ehefrau sein. Von öffentlichen Meinungsbildungsprozessen ist sie ausgeschlossen. Freundschaften werden in der öffentlichen Sphäre geknüpft. Rund um die Jahrhundertwende spiegelt sich dieses Verhältnis in der Literatur in der Abwertung von Frauenfreundschaften als „Gemütsfreundschaft“ gegenüber der männlichen, geistigen, rationalen Freundschaft wider.

Freundinnenschaften

In Reaktion auf die Geschlechterrollen, die sich im aufkeimenden Bürgertum zunehmend durchsetzten und mit denen Frauen vor allem aus dem öffentlichen Leben verdrängt wurden, organisierten sich Frauen allerdings auch zusehends, um für ihre politischen Rechte zu kämpfen. Vor allem die Bestrebungen von Frauen, sich in alternativen Gemeinschaftsformen zu versuchen, zeigen dies. Beispiele hierfür finden sich in vielen Biographien von Frauen im 19. Jahrhundert, die sich in der ersten Frauenbewegung engagierten, wie beispielsweise Helene Lange und Gertrud Bäumer oder von Schriftstellerinnen wie Betty Paoli. Frauen trafen sich nicht nur in sogenannten Frauenräumen, sondern bauten enge Freundschafts- und Beziehungsnetzwerke auf, die über eine bloße „seelische“ Verbindung hinausgingen. Solche Bestrebungen gerieten allerdings rasch ins mediale Kreuzfeuer. Reaktion waren vor allem eine Pathologisierung dieser Frauen als absonderlich und asexuell.

Bürgertum und Kindheit

Mit dem Erstarren des Bürgertums in den europäischen Städten transformierte sich auch die Sichtweise auf Kinder und Kindheit im Allgemeinen. Waren Kinder im Mittelalter in jungem Alter bereits in die Hauswirtschaft integriert und mussten Hilfstätigkeiten ausführen, änderte sich der Blick auf die Kindheit mit der bürgerlichen Gesellschaft. Die Familien des städtischen Bürgertums betrachteten Kinder nicht nur mehr als reine Arbeitskräfte, sondern sahen in ihnen auch die Möglichkeit zu sozialem Aufstieg durch eine gute Ausbildung. Eine gute Erziehung wurde repräsentativ für die Familie, was das starke Aufkommen von Erziehungsfibeln ab dem 17. Jahrhundert erklärt. Kleinbürgerliche Familien wohnten zur Straße hinaus. So konnten die heranwachsenden Kinder beständig kontrolliert werden. Das reichere Großbürgertum hingegen versuchte die Kinder eher in den eigenen Räumlichkeiten zu halten.

Transformierung der Freundschaften

Konservative Vorstellungen von Freundschaft verstehen diese als eine Konstante, die dem privaten Bereich angehört. Demnach darf sie die teilhabenden Individuen nicht unnötig einengen. Im Gegensatz zur institutionellen Ehe wird Freundschaft nicht als Möglichkeit des Zusammenlebens verstanden. Dem gegenüber stehen im 19. und 20. Jahrhundert beispielsweise die Auffassungen der ArbeiterInnenbewegungen, wo Freundschaft und Solidarität in einem betonten Näheverhältnis stehen.

In der jüngeren Zeit fällt vor allem auf, dass sich Bereiche der Gesellschaft flexibilisieren, die früher fixer Dreh- und Angelpunkt des alltäglichen Lebens waren und daher auch die Beziehungen der Menschen bestimmten, so beispielsweise der jahrelange Arbeitsplatz im Büro oder am Fließband. Im Allgemeinen wird angenommen, dass Menschen sich heute eher in freundschaftlichen Lebenszusammenhängen organisieren als in traditionellen Formen wie zum Beispiel der Ehe.

Freundschaft und Soziologie

Im 19. Jahrhundert machte sich die noch junge Soziologie die exakte Beschreibung der Gesellschaft bis in ihre kleinsten atomaren Teile zum Projekt. Der Mensch wurde als grundsätzlich soziales Lebewesen interpretiert. Der Freundschaftsbegriff bezeichnet hier nicht ein Ideal, sondern eine Möglichkeit der Gemeinschaft neben Verwandtschaft und Nachbarschaft als Formen, in denen der Mensch sein Zusammenleben organisiert. Die Familie steht dabei im Mittelpunkt der bürgerlichen Gesellschaft und stellt die stabilste Form der Gemeinschaft dar. Da sie sich Haus und Besitz teilt, sind die Beteiligten quasi materiell aneinander gebunden. Freundschaft hingegen wurde als eine geistige oder seelische Beziehung interpretiert. Die Familie stellt sich so als „ökonomisch soziales Institut“ dar, Freundschaft aber entsteht unter dem Gesichtspunkt eines bewusst gewählten Ideals.

Blindes Vertrauen

Ein Stückchen Utopie und Kindheit steckt in jeder Freundschaft. Drei Portraits über Geborgenheit, Sicherheit und Glück – und was passiert, wenn Freundschaften in die Brüche gehen.



Schule verbündet

Claudia Wltavsky und Ella Gregori sehen sich jeden Tag. Langweilig wird ihnen miteinander trotzdem nicht.

„Es hört sich vielleicht ungewöhnlich an, aber so richtig kennen gelernt haben wir uns wohl, weil wir gleich groß sind“, sagt die AHS-Schülerin Claudia Wltavsky (14) über ihre Freundschaft mit Ella Gregori (14). „Besonders in der ersten Klasse waren alle anderen viel kleiner als wir“, erklärt sie. Und Ella: „So etwas verbündet.“

Ella und Claudia haben sich vom ersten Tag an in der neuen Umgebung des Gymnasiums blendend miteinander verstanden. Zuvor sind sie einander nie über den Weg gelaufen – und das, obwohl ihre beiden Wohnzimmer nur eine kleine Gasse voneinander entfernt sind. Auch in der Klasse sitzen sie gemeinsam mit vier weiteren Freundinnen in der letzten Reihe nah beieinander. Die hinterste Bank versteht sich selbst auch als Clique – „aber das merkt man eigentlich nur

im Privaten“, betont Claudia. „In der Schule sind die Gruppen nicht so getrennt voneinander.“

Auch sonst trennt die beiden nicht sehr viel: Sowohl Ellas als auch Claudias Eltern streben eher nach einer liberalen Erziehung und sind nicht so streng wie die Eltern anderer KlassenkollegInnen. Und sie haben schon häufig festgestellt, dass sie Probleme im Alltag und schwierige Situationen in der Schule und im Freundeskreis gleich einschätzen und bewerten. Aber das Wichtigste: „Wir können ehrlich zueinander sein und uns immer alles direkt sagen.“ „Nur unsere Lieblingsfarbe ist eine andere“, meint Claudia. „Aber das ist ja nicht so wichtig“, sagt Ella.

Eine knifflige Konstellation hätte sich nur einmal ergeben, als Ella mehr

Zeit mit einer anderen guten Freundin verbrachte, die aber in der Klasse nicht bei allen beliebt war. „Es war, als müsste ich mich immer zwischen ihr oder den anderen entscheiden, wie eine Wahl“, erzählt sie. Dadurch sei es ein wenig zu Eifersüchteleien auf beiden Seiten gekommen. Die hätten sich aber mittlerweile gelegt.

Gerade die vierte Klasse der Unterstufe ist oft eine Bewährungsprobe für junge Freundschaften – nicht selten trennen sich die Lebenswege der SchulkollegInnen aufgrund unterschiedlicher Schulzweige. Und auch für Ella kommt in Frage, sich andere Schulen anzusehen – „sonst würde es ja langweilig werden“, meint sie. Claudia hingegen ist mit dem Gymnasium ganz zufrieden. „Aber sollte ich wirklich die Schule wechseln, bedeutet das nicht, dass ich meine FreundInnen ver-

lieren werde“, ist sich Ella sicher, „weil Freunde und Familie kommen bei mir immer an erster Stelle. Alles andere ist da ganz weit hinten.“

FreundInnen seien daher auch ein großes Kriterium für die Schulwahl. Denn ohne Freundin mit an Board kann es sich keine der beiden vorstellen, einen neuen Schulweg zu beschreiten. Gerade in Momenten, wo es Unsicherheiten und vielleicht auch weniger Halt als sonst gibt, seien FreundInnen besonders wichtig – sie geben Geborgenheit, Zuversicht und Vertrauen. Und was Ella an Claudia besonders gut gefällt? „Wir sind ein bisschen wie Puzzlesteine – es passt einfach.“

(feder)

Gemeinsambis an die Grenzen gehen

Mit allen Wassern gewaschen: Seit 15 Jahren sind die beiden Seglerinnen Hannelore Zehetbauer und Daniela Klinka unzertrennlich.



Dani und Hanni gab es lange Zeit nur im Doppelpack. Wo auch immer sie hinkamen, ihr gemeinsamer Name war „DaniundHanni“. Aber wer denkt, das erinnerte an ein bekanntes Zwillingpaar, irrt: Die beiden zu verwechseln, ist unmöglich. Denn Daniela Klinka (25) ist die ruhige, bedachte Beobachterin im Hintergrund, Hannelore Zehetbauer (25) der quirlige und impulsive Gegenpol, der abendlang ganze Tischrunden unterhalten kann. Und auch in puncto Lebensstil ziehen sich hier die Gegensätze an: „Ich bin zum Beispiel immer mit dem Auto, Dani immer mit dem Rad unterwegs“, sagt Hanni. Dani ergänzt: „Und du gehst ständig shoppen – ich schnorre hingegen viel lieber.“ Trotzdem: Wer die beiden kennenlernt, sieht auf den ersten Blick, dass es wohl kaum zwei Menschen gibt, die mehr Sympathie füreinander hegen.

„Dani und ich haben eben Dinge miteinander erlebt, die ich mit niemandem sonst durchgemacht habe“, erklärt

Hanni. Die beiden waren gemeinsam ein Team im Jugendleistungssport-Segeln. Sie haben in Wettkämpfen gemeinsam gewonnen und verloren, sind gemeinsam gekentert, haben sich gestritten, das Boot wieder aufgestellt, haben sich versöhnt und dann sofort weiter für ein gemeinsames Ziel gekämpft. Und sie haben tausende Kilometer zu den unterschiedlichsten Wettkampforten gemeinsam zurückgelegt. „Wir sind also gemeinsam an unsere Grenzen gegangen und das hat uns zusammengeschweißt“, sagen sie.

Einen weiteren Unterschied zu anderen Freundschaften mache auch die ausgesprochen familiäre Atmosphäre aus – ihre beiden jeweils zwei Jahre jüngeren Brüder waren ebenfalls jahrelang eng miteinander befreundet. „Meine Oma hat die beiden, Christian und Toni, sogar immer verwechselt“, erinnert sich Hanni. „Aber kennengelernt haben sie sich schon über uns“, betont Dani. Dadurch sind auch die beiden Familien eng aneinanderge-

wachsen. „DaniundHanni“ waren ab dem elften Lebensjahr unzertrennlich.

Hier kommt wohl auch die Vertrautheit her, die die beiden an ihrer Freundschaft so schätzen: Nicht nachdenken zu müssen, wie eine Aussage ankommt und interpretiert werden könnte, weil man sich sicher ist, richtig verstanden worden zu sein. Aber auch, einmal ohne Grund und „einfach so“ zu telefonieren oder sich zu treffen – „und wenn wir dann auch nur zwei Stunden auf einer Couch herumliegen: Was wir in der Zeit tun, ist egal, Hauptsache, wir sehen uns“, sagt Hanni.

Das mache auch im Allgemeinen eine gute Freundschaft aus, sind sich die beiden einig: Vertrautheit, Offenheit, Ehrlichkeit. Das besondere aber an einer Freundschaft, die man noch aus der gemeinsamen Kindheit mitnimmt: „All jene Freundinnen, die ich früh kennengelernt habe und die mir bis heute geblieben sind, sind wesent-

lich unterschiedlicher als ich“, meint Hanni. Heute würde sich nämlich kaum mehr eine Gelegenheit ergeben, dass sich die beiden kennenlernen könnten – hätte das nicht in früheren Zeiten Hannis Mutter eingefädelt, die wollte, dass sich ihre Tochter in der Sommersegelwoche wohl fühlt und eine Freundin findet. Als Kind ist man eben noch offener und zugänglicher für verschiedenste Menschen. „Genau die vielen Unterschiede und die Vertrautheit, die trotzdem da ist: Das ist das, was es interessant macht“, sagt Hanni, während ihr Dani gespannt lauscht. Ob es sich eigentlich negativ auf die Freundschaft auswirke, dass Hanni merkbar mehr spricht als Dani? „Nein, nein, ich gebe ihr in allen Punkten Recht“, meint Dani. Beide lachen und Hanni ergänzt augenzwinkernd: „Es wäre sowieso unmöglich, dass jeder so viel redet wie ich.“

(feder)



„Jetzt stehe ich alleine da.“

Hossain Mirzaie ging einen langen steinigen Weg. Politische wie auch private Freundschaften hatte er dabei immer viele – doch fast alle sind im Laufe seines Lebens in die Brüche gegangen.

Hossain Mirzaies Leben ist anders verlaufen, als er es sich gewünscht hätte. Mit 22 Jahren, 1977, ist er aus politischen Gründen aus dem Iran geflüchtet und nach Österreich gekommen. Es war eine politisch turbulente Zeit im Iran, die in der Gründung einer islamischen Republik endete: Terror und Massenhinrichtungen standen auf der Tagesordnung, die politische Grundlage waren und sind religiöser Fundamentalismus und antiwestliche Doktrin. Etliche Menschen waren auf der Flucht und auf der ganzen Welt entstanden iranische Widerstandsorganisationen, die sich gegen die Politik des iranischen Regimes formierten.

So auch in Wien – und unter den zahlreichen iranischen Studierenden, die sich hier Ende der 1970er-Jahre engagierten, war auch Hossain, der damals Politikwissenschaft und Völkerkunde an der Universität Wien studierte. „Tag und Nacht war ich mit meinen Genossen und Genossinnen politisch aktiv“, erinnert er sich. „Fünf Jahre lang bin ich diesen Weg gemeinsam mit linken und extrem linken Gruppen gegangen – und davon gab es einige

in Wien: Die marxistisch-leninistische Linke verteilte sich auf zahlreiche Lager, die alle nicht miteinander zusammenarbeiteten“, sagt Hossain. Als sich dann abzeichnete, dass der Widerstand gegen das iranische Regime und die islamische Revolution gescheitert war, habe ein Umdenkprozess bei ihm stattgefunden: „Seither bin ich der Meinung, man sollte seine politischen GegnerInnen eben als GegnerInnen sehen – und nicht als FeindInnen.“ Konkret bedeute das für ihn: Offene Diskussionen und freie Meinungsäußerung auf demokratischer Basis und Legitimation. „Doch die Gruppen waren damals noch nicht so weit. Ich war der einzige mit dieser Position.“

Und so kam es, dass aus GenossInnen, die Tag und Nacht miteinander arbeiteten, FeindInnen wurden. „Ich wurde als Spion des iranischen Regimes verunglimpft – auf der Straße angespuckt, beschimpft und teilweise auch handgreiflich angegangen“, erzählt Hossain. Und dieser Bruch mit den ehemaligen politischen FreundInnen wirkt bis heute nach – obwohl mittlerweile 30 Jahre vergangen sind.

Hossain trennt streng zwischen privaten und politischen FreundInnen: Ein Resultat aus der starken Repression des iranischen Regimes. „Die Familie wollten wir immer schützen, und in der Öffentlichkeit lieber gar nicht als solche erkennbar sein“, sagt er. Gerade wenn der politische, autoritäre Druck, auf Widerstand stößt, entstünden mehrere Phänomene: stärkere Verbindungen unter Gleichgesinnten, aber auch die stärkere Unterscheidung zwischen politischen und privaten Kontakten – genauso wie eine grundlegende Skepsis, die schnell auch gegen Verbündete umschlagen kann. Genau das ist Hossain widerfahren.

Private Freundschaften hat er vor allem mit Schulkollegen, die im Iran geblieben sind. Nachdem aber auch sie im iranischen Widerstand aktiv waren, sind viele mittlerweile nicht mehr am Leben. „Meine iranischen Freunde kann ich leider nur mehr an einer Hand abzählen – früher waren es viel mehr“, sagt Hossain. Mit ihnen wird dafür aber umso häufiger telefoniert, „wir vertrauen einander blind.“

Man hält zueinander und steht mit Ratschlägen, aber auch mit finanzieller Unterstützung bei Seite. Letzteres wurde Hossain bei seinen Wiener FreundInnen zum Verhängnis – er ist jahrelang für sie finanziell geradegestanden, und wurde zum Zeitpunkt des Zurückzahlens der Schulden stehen gelassen. „Meine finanzielle Unterstützung belief sich wohl auf rund 50.000 Euro – die ich nie wieder gesehen habe. Genauso wenig wie die Freunde“, sagt Hossain.

Trotzdem: Hossain ist weiter offen für neue Freundschaften. „Jeder Mensch ist anders und es stecken in allen Menschen auch gute Eigenschaften. Eine gute Freundschaft braucht Zeit, man muss sie aufbauen.“ Derzeit versucht er, seine Zeit jungen IranerInnen zu schenken, die ein offenes Ohr und eine Ecke zum Ausweinen brauchen, wenn sie nach ihrer Flucht neu in Wien angekommen sind. „Aber das sind eher Begegnungen und keine richtigen Freundschaften. Ich stehe alleine da.“

(feder)

Endstation Sehnsucht

Warum die Kindheit als Utopie so ihre Macken hat und besser der Tod abgeschafft werden sollte. Ein Essay von Simon Sailer.

Nichts scheint eine Action-Heldin mehr zu motivieren als ein schutzloses Kind. In jedem zweiten Film muss ein Kind mit besonderen Kräften oder besonderem Wissen vor bösen Verfolgerinnen gerettet werden. Auch in der Werbung wuseln so viele Kinder über die Flachbildschirme, dass man den Eindruck erhält, das durchschnittliche Alter der glücklichen Fernsehbevölkerung liege bei etwa 15. Selbst in politischer Propaganda, die ihre Sache gut macht, darf ein Kind nicht fehlen. Kinder symbolisieren Unschuld, Verwundbarkeit und Glück. Sie dürfen noch schwach sein, ihr Leben ist unbeschwert und frei von jedweder Pflicht oder Härte. Es besteht aus Spiel und Spaß. So zumindest das Bild, das sie hartnäckig verkörpern und das ihnen zu so vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten verhilft.

ERWACHSEN WERDEN. In Wirklichkeit ist das Leben der Kinder natürlich oft gar nicht frei von Problemen und Verpflichtungen. Schon sehr früh werden sie mit dem Prinzip der Realität konfrontiert und müssen ihre Wünsche aufschieben. Bereits wenn sie schreien und nicht sofort gefüttert werden, oder wenn sie lernen sollen, ihren Stuhl zurückzuhalten. Später werden die Probleme nur noch größer. Im besseren Fall müssen sie ihre überforderten Eltern unterstützen, sich um ihre Geschwister kümmern. Im schlechteren sind die familiären Verhältnisse eher Hölle als Paradies: Es gibt physische und psychische Gewalt, Vernachlässigung, Kälte und Brutalität.

Komischerweise scheint das zunächst nicht am Bild zu kratzen, das Kinder repräsentieren. Es hält sich wider besseren Wissens und nichts kann ihm etwas anhaben. Kinder bleiben süß und fröhlich und unschuldig. Vielleicht, weil sie an die eigene Kindheit denken lassen und diese in der Regel verklärt wird. Den Allermeisten erscheint die eigene Kindheit in der Erinnerung schöner, als sie sie empfunden haben, während sie sie durchlebten. Auch nach dem Zivil- oder Wehrdienst etwa erklären alle, sie hätten doch auch etwas gelernt und so schlecht wäre es im Grunde gar nicht gewesen. Während der erniedrigenden Schinderei haben die selben jungen Männer freilich weniger freundliche Worte gefunden. Noch der letzte miese Drecksjob wird im Nachhinein zu einer wertvollen Lektion umgedeutet, die noch

anderen anempfohlen wird. In noch stärkerem Maß gilt das freilich für die Kindheit, welche der Erinnerung nur zerstückelt und ungenau zugänglich ist. Zu einem großen Teil besteht sie aus Bildern, die im TeenagerInnen- und Erwachsenenalter gedanklich eingefügt wurden. erinnert jemand die eigene Kindheit als schlecht, muss sie also schon ziemlich furchtbar gewesen sein.

NÜTZLICHE LÜGEN. Aber wenn dem so ist, hat die Verklärung dann nicht auch irgendeinen Sinn, ist sie nicht zu etwas gut? Vielleicht wird der Lüge unrecht getan, wenn sie automatisch zum Schlechten gemacht wird. Womöglich ist die Wahrheit nicht immer gut und die Lüge nicht immer schlecht. Es wird zwar die Wirklichkeit weniger scharf gesehen, doch schließlich ist diese Erinnerung des nie Gehabten auch ein Leitbild für die Zukunft. Anderen Kindern soll es auch so gut gehen und überhaupt sollte es wieder so sein wie früher, wo angeblich alles besser war. Die Zukunft sollte schöner werden.

Es gibt eine seltsame Einheit von Utopie und Konservatismus. Die Konservative will etwas bewahren, das eigentlich nie gewesen ist. Die Familie, die sie zu beschützen vorgibt, in der sich alle lieben und füreinander sorgen, müsste überhaupt erst erfunden werden. Eher verdoppeln sich in der Familie die Verhältnisse der Gesellschaft. Arbeitszwang und Härte gegen sich und andere verlängern sich bis tief in die zwischenmenschlichen Beziehungen. Ob jene Familie, nach der sich viele Konservative sehnen, überhaupt wünschenswert ist, darf übrigens bezweifelt werden.

Jedenfalls aber, könnte eingewandt werden, sei es besser, die Welt zu erkennen, wie sie ist und ihr Falsches aufzudecken, anstatt sich in nützlicher Selbsttäuschung zu ergehen. Denn wer das Falsche erkennt und benennt, so die Idee, erweist dem Richtigen einen größeren Dienst, als wer ein Hirngespinnst schlichtweg zum Richtigen erhebt. Das Gegenstück zum eingebildeten Glück der verschonten und unbeschwerten Kindheit ist der Tod. Der Tod ist das Ende von Möglichkeit. Er ist das Ende. Er wird gefürchtet und ersehnt. Die Utopie der Kindheit lässt sich negativ als Idee der Abschaffung des Todes ausdrücken.

DIE ABSCHAFFUNG DES TODES. Abschaffung des Todes hat in den meisten Ohren einen seltsamen Klang. Die Idee hat für die meisten etwas Bedrohliches. Nicht sterben? Aber das wäre doch furchtbar! Eine ungemein verbreitete, aber überraschende Reaktion angesichts der zahlreichen Geschichten, in denen machtgierige Halunken über Leichen gehen, um in Jungbrunnen zu baden. Es sind wohl nicht zufällig immer die Bösewichte, die sich das ewige Leben wünschen, während die braven Heldinnen um die Gefährlichkeit dieses Vorhabens zu wissen scheinen. Die Vorstellung, nicht zu sterben, schreckt viele noch mehr als der Tod. Dabei fragen sie nur selten neugierig nach, wie das überhaupt gemeint sei. Denn die Formel „Abschaffung des Todes“ ist alles andere als eindeutig. Ist damit die ewige Jugend gemeint? Kann auch durch Einwirkung größter Gewalt nicht sterben, wer es will? Eine unwahrscheinliche Vorstellung, wenn Menschen den Tod beseitigen könnten, könnten sie ihn wohl auch wieder einführen? Handelt es sich überhaupt um eine bloß naturwissenschaftliche Utopie oder geht es eher um die Beseitigung von Zuständen, in denen das Sterben alltäglich ist?

Aber diese Fragen scheinen die Menschen zunächst gar nicht zu kümmern, sie erschrecken bloß vor der Vorstellung des ewigen Lebens. Das Leben ist ihnen so unangenehm, dass der Tod für sie eine Erlösung darstellt und seine Abschaffung ihnen als brutale Verewigung der Qual erscheint – es kann nichts Schlimmeres geben. Auch deshalb gewinnen wohl die Vampire, die Untoten, so an Faszination. Sie sind das personifizierte ewige Leben. Gefangen im begrabenen Silberkäfig lägen sie so für alle Ewigkeit. Eine Vorstellung angesichts welcher der Tod, der schnelle, schmerzlose Tod, wie ein Segen erscheinen muss: des Schlafes Bruder. So wie die Menschen mit ihrem Leben nichts anzufangen wissen, werden auch Vampire gerne als dekadente Zynikerinnen porträtiert, die das Leben schon seit Jahrhunderten langweilt.

LEBENSELEND, TODESELEND. Die Zeichnerin und Graphikerin Käthe Kollwitz hat das Thema Tod in zahlreichen Arbeiten behandelt. Sie stellt den Tod ganz ähnlich dar wie das Elend. Der Hunger und die Verzweiflung, die sie aufs Papier bringt, sind Hunger und Verzweiflung des Todes. Der Tod ist die

Konsequenz des Leides, das sie zeigt. Ihr Elend ist ein Todeselend. In Mitteleuropa hat diese Darstellung des Leids ihren Schrecken für viele verloren. Es wird zwar noch mitleidig und bestürzt geschaut bei Bildern von hungernden Kindern und vielleicht eine kleine Spende springen gelassen. Aber dieses Leid wird als Leid der Anderen erlebt. Es betrifft eine selbst nicht. Was die Menschen betrifft, ist das Lebenselend. Wenn etwa der Regisseur Ulrich Seidl in *Import/Export* alte Menschen zeigt, die eben noch nicht gestorben sind, aber deren Leben auch kein Leben ist, das ängstigt und bestürzt. Sie sind die Vampire im Silberbettgestell.

Deshalb interessieren sich neuerdings schon die Jungen und Gesunden für Sterbehilfe. Auf den Tod soll Verlass sein. Wurde das Altern in den 1990ern noch verdrängt und sich damit in jungen Jahren vorerst einfach nicht beschäftigt, so soll heute nichts mehr dem Zufall überlassen werden. Wer sterben will, soll sterben dürfen. Das ist einfacher, als dafür zu sorgen, dass nicht soviel gestorben werden will; leichter als für Verhältnisse einzutreten, in denen die Menschen leben wollen und wenn es geht, noch ein bisschen länger, in denen sie mit den Worten des Kabarettisten Georg Kreisler sagen würden:

*Doch sollte sich einmal in meinem Leben
Der Tod trotz alledem zu mir begeben
Und sagen: „Lieber Freund, sei nicht beklommen
Die Stunde schlägt, du musst jetzt mit mir kommen.“*

*Dann sag' ich: „No, es wird mir eine Freud' sein
Nur muss es wirklich ausgerechnet heut' sein?“
Und ruft er dann: „Was zögerst du? Du musst!“
Dann sag' ich: „Nein, ich hab ka Lust!“*

VOLL HUNGER UND VOLL BROT. Ein anderer Dichter, der von den Nazis ermordete Kommunist Jura Soyfer, hat dem Thema Leben und Tod einige ernstere Worte gewidmet. In seinem Lied von der Erde spitzt er den Widerspruch zwischen dem, was möglich wäre und dem, was ist, zu: „Voll Hunger und voll Brot ist diese Erde/Voll Leben und voll Tod ist diese Erde/In Armut und in Reichtum grenzenlos.“ Es wäre heute möglich, dass niemand mehr hungert; Nahrung ist im Überfluss vorhanden. Nur verhungern die Menschen vor den Bäckereien, weil sie kein Geld haben, weil sie von den Gütern getrennt sind, die sie mitunter mit den eigenen Händen herstellen. Das Leben wird in dem Lied zur Chiffre des Potentials, dessen, was sein könnte und der Tod wird zum Mal des unnötigen Leids. Das Gedicht des Autors des Dachliedes legt noch einen Optimismus an den Tag, der heute nur mehr schwer vorstellbar wäre. Wenn er die oben halb zitierte Strophe mit den Versen schließt „Gesegnet und verdammt ist diese Erde/Von Schönheit hell umflammt ist diese Erde/Und ihre Zukunft ist herrlich und groß“, dann ist diese Möglichkeit – sofern sie je bestand – aus heutiger Sicht vertan.

KINDHEITSTRAUM. Dass einige dennoch an der Möglichkeit dieser Zukunft festhalten, hat vielleicht

doch wieder mit der Kindheit zu tun. Es ist nämlich irgendwo ein kindlicher Wunsch, dass Frieden sei auf Erden. Oder zumindest einer, der heute kindlich tönt – so wie die Formeln und Reste der Religion. Denn die allzu Erwachsenen haben eingesehen, dass es gilt, zu akzeptieren, was nicht zu ändern ist. Sie sagen, es sollte so sein, weil es nicht anders sein könne. Sie verteidigen, was ist, weil es so ist, wie es nun einmal ist. Und wer sich damit nicht abfinden will, die sei noch zu jung, sei im Grunde noch ein Kind, werde schon noch darauf kommen, schon noch zur Vernunft kommen. Dabei ist es gerade Unvernunft, Zustände zu legitimieren, in denen die Menschen zu Hunderttausenden ohne Not verrecken, ertrinken, ermordet und gefoltert werden, in denen die Menschen in Angst leben und unter der ständigen Drohung von Gewalt. Das Vernünftigste wäre es, in dieser Hinsicht ein trotziges Kind zu bleiben und an dem infantilen Wunsch festzuhalten, alles möge endlich gut werden. Und auch dann darauf zu bestehen, wenn im Grunde nichts dafürspricht. Denn der Wunsch muss sich nicht an die Realität halten, er ist zunächst eben ihr Gegenteil: Was nicht ist. Er ist aber eben immer auch ein noch nicht, etwas, das werden kann. Und wäre es auch ein Wunder.

Der Autor Simon Sailer studiert Philosophie in Wien.



Das Alter ist unbeherrschbar

Altern, das hat nichts mit Science Fiction zu tun.
Eine Zusammenschau von Marlene Brüggemann.

Zu essen, zu trinken und zur Toilette zu gehen verlangt dem Ehepaar Anne und Georges in Michael Hanekes neuem Film *Amour* alle Kräfte ab. Georges treibt mehrmals eine weiße Taube aus der Wohnung und mit ihr fliegt die Muße des Alters davon. Denn seit Anne einen Schlaganfall hatte, geht es ihr von Tag zu Tag schlechter. Schließlich bittet sie Georges darum, sie umzubringen. Er aber willigt nicht ein und nimmt den Kampf mit Annes Krankheit auf. Doch Annes Zustand verbessert sich nicht, bis Georges sie aus Verzweiflung mit einem Kissen erstickt. Michael Haneke hat uns mit *Amour* einen Ausnahmefilm geliefert, der zeigt, dass Altern mehr bedeutet als runzlige Haut, leisen Buttersäuregeruch und gelbe Flecken auf der Hose. Die Grundlage für seinen Film war tragisch unspektakulär: der Rheumatismus seiner Tante. Im *Falter*-Interview (37/12) wurde er gefragt, ob *Amour* zu Beginn seiner Karriere schwierig zu realisieren gewesen wäre. Haneke antwortete: „Sicher. Große Zuschauerzahlen lässt das Thema ja nicht erwarten.“

DIE LEBENSKÜNSTLERIN. Maude in *Harold and Maude* lässt das Alter gar nicht so weit kommen. An ihrem 80. Geburtstag schluckt sie Tabletten. Sie entzieht sich Harold und übernimmt die Verantwortung für ihren Tod. Die Reaktion Harolds: pures Entsetzen. Er ist rund 60 Jahre jünger als Maude, als er sich in sie verliebt. Dass Maude sich umbringen will, kann er nicht akzeptieren. Er will sie retten. Aber wovor? Maude warnt Harold: „Viele Menschen genießen es, tot zu sein. Aber sie sind nicht wirklich tot. Sie gehen nur in Deckung vor ihrem Leben.“ Und sie meint die Jungen wie die Alten. Harold entdeckt Maudes eintätowierte KZ-Nummer am Unterarm. Sie sprechen nicht darüber, dafür bleibt Maude keine Zeit. Maude düst auf geklauten Polizeimotorrädern dahin und rettet Bäume vor dem Ersticken. Sie erfindet Maschinen, die die Gerüche von Zigarettenqualm, Roast Beef und Schnee produzieren. Dass Maude ihr Leben einmal nicht mehr selbst bestimmen könnte, will sie nicht akzeptieren – sie nimmt sich vor den Augen des verzweifelten Harold das Leben.

In *Monsieur Ibrahim und die Blumen des Koran* lernt der Teenager Momó mit Monsieur Ibrahim das Leben kennen. Ibrahim adoptiert Momó und kümmert sich um ihn, nachdem sich Momós Vater umgebracht hat. Er lehrt ihn das Leben, die Liebe und den Koran. Er ist der alte Weise, der Momó sagt: „Das, was du liebst, Momó, das gehört dir, auf ewig. Was du behältst, das ist für immer verloren.“ Monsieur Ibrahim hat sein ganzes Leben in seinem Lebensmittelladen verbracht. Mit Momó kehrt er in das Land zurück, das er als Junger verlassen hat: die Türkei. Ibrahim kauft ein rotes Cabriolet und macht den Führerschein mit Momós Hilfe. In der Türkei verunglückt Ibrahim mit dem Wagen. Bevor er stirbt, versichert er Momó: „Mein Leben war schön und ich bin alt. Ich sterbe nicht, ich gehe nur ein in die Ewigkeit.“

DIE ALTEN KÖNNEN ANDERS. 66 Jahre – so alt ist die Punkikone Patti Smith. Am 28. August gab sie ein Konzert in der Arena Wien, einer ihrer „favourite places to play“. Zwei Stunden lang beschrie sie unter freiem Himmel den Mond, fegte über die Bühne und zerriss die Saiten ihrer Gitarre. Von Punk kann man sich nicht pensionieren lassen. Dem Rock entstirbt man, die einen früher, die anderen später. Janis Joplin, Jimi Hendrix, Jim Morrison und Brian Jones wären 2012 allesamt circa 70 Jahre alt. Alle starben jedoch im 27. Lebensjahr. Patti Smith hat den 27 Club überlebt. Im Juni erschien ihr neues Album *Banga*. Es soll nicht die einzige Veröffentlichung einer Rocklegende in diesem Jahr bleiben. 2012 erschienen auch *Tempest* von Bob Dylan, 71, und *Privateering* von Mark Knopfler, 63. Ihr Altern gibt nicht den Eindruck von dem, was Paul McCartney mit 25 so stoisch besang:

Doing the garden/ Digging the weeds/ Who could ask for more?/ Will you still need me/ Will you still feed me/ When I'm sixty-four?

Der Song *When I'm sixty-four* erschien 1967 auf der Beatles Platte *Sgt. Pepper's Lonely Hearts Club Band*. Er vermittelt das Bild eines Ehepaars, das seinem

Lebensabend zufrieden entgegenblickt. Es sind die Jungen, die das Altern als sinnvoll und glücklich besingen. Udo Jürgens war 33, als er in den Studios trällerte: „Mit 66 Jahren, da fängt das Leben an/mit 66 Jahren, da hat man Spaß daran.“ Yiha, wenn ich mal in Rente bin, dann lass' ich mir eine Vokuhila wachsen, schwing' mich auf mein Bike und tanz' mit der Oma in der Disko. Auch gut. Trotzdem heißt Altern oftmals nicht „Ich gewinne mein Alter!“, sondern „Ich verliere meine Jugend.“

PESSIMISMUS. Die beiden Norweger Eirik Glambæk Bøe und Erlend Øye sind 1975 geboren. Als Indie Pop Band *Kings of Convenience* schreiben sie eine Ode an die Jugend: *The Power of Not Knowing*.

I see you changing girl/ From Day to Day/ Impressed by and trying to imitate/ Those who are older/ Those who are colder/ Suddenly embarrassed by your age/ Our bigger blessing, girl/ Is being young/ The power of not knowing/ Where you belong/

Und es geht noch drastischer: *I'm Not Ready For The Grave Yet* ist der Titel des neuesten Albums von B. Fleischmann. Das Cover zeigt einen Sarg im leeren Raum, gefüllt mit orangen, grünen und blauen Bällen. Ähnliche Bälle findet man in einem Traum von Kinderspaß: ein Raum voll mit bunten Bällen, der zum schwimmen einlädt. Man bewegt sich auf das Grab zu und merkt es nicht. Dann sieht und hört man schlechter, steht schwer auf und manche fürchten sich. Da hilft es auch nicht, das Licht bei Nacht brennen zu lassen und sich die Ohren zuzuhalten. Kann man im Alter ein Ende mit dem eigenen Leben finden? Die französische Chansonsängerin Édith Piaf schloss glatt mit den Liebhaber_innen, den Drogenexzessen und ihrem Werk ab. Ihre Mitmenschen hätten sie gerne im Alter schwer daran tragen sehen. Stattdessen sang Piaf einen ihrer größten Hits, drei Jahre vor ihrem Tod. *Non, je ne regrette rien.* – „Nein, ich bereue gar nichts.“

Die Autorin Marlene Brüggemann studiert Philosophie an der Uni Wien.

FEUILLETON



Die Kinder aus Christiania

Vor vierzig Jahren schufen dänische Hippies eine Freistadt, um den Zwängen der Gesellschaft zu entfliehen. Ihre dort aufgewachsenen Kinder sind mittlerweile erwachsen und stehen keineswegs am Rande der Gesellschaft.

Auf den ersten Blick ist Kasper ein ganz normaler junger Mann um die zwanzig. In seinem schwarzen Kapuzenpullover mit weißem Totenkopf sieht er wie ein St. Pauli-Fan aus. Er macht mit Gästen gerne eine Tour durch die Viertel seines Heimatorts Christiania. Kasper und seine ältere Schwester Ane sind in der Kopenhagener Freistadt aufgewachsen. Seine Eltern sind Mitte der 70er-Jahre hierhergezogen, angelockt hat sie die Idee eines alternativen Lebens fernab von gesellschaftlichen Zwängen und Normen. Beim Musizieren bei der lokalen Musikkapelle Christianias haben sie sich kennengelernt, bis heute sind sie ein Paar geblieben. Während er durch die berühmte Pusher Street schlendert, fängt Kasper über sich zu erzählen an. Die Straße hier ist für ihren großen Hasch-Markt bekannt, auf sie wird Christiania oft reduziert. Vor allem Männer tummeln sich hier. Nicht über die in Christiania bestehende und gut funktionierende Konsensdemokratie oder die einzigartige Geschichte des autonomen Stadtteils wird in der Öffentlichkeit diskutiert, meist ist der hiesige Drogenmarkt und -konsum Gesprächsthema.

DROGEN UND RAZZIEN. Lange Zeit war Kasper selbst gegen Drogen und Alkohol. „Erwachsene, die betrunken oder high sind, können Kindern ganz schön Angst machen“, erzählt er. Und, wie es scheint, gibt es von denen hier viele. Zu trinken und rauchen hat er erst begonnen, als er von zu Hause auszog. Der Name der „Pusher Street“ stammt von den EinwohnerInnen Christianias selbst und ist keineswegs neutral gemeint. Der Begriff „Pusher“ kommt von der Straße und wird dort für Drogendealer gebraucht. Wie viele EinwohnerInnen hat auch Kasper ein Problem mit den hier ansässigen Pushern. „Der Drogenhandel zerstört Christiania, weil das Leute gegen uns aufhetzt.“ Die Rocker, auch bekannt als Hells Angels, kontrollieren seit Jahren das örtliche Haschischgeschäft. „Die sollen verschwinden und Christiania in Ruhe lassen“, sagt Kasper verächtlich. Als er klein war, durfte er hier auf der Pusher Street nicht spielen, seine Eltern hatten zu große Sorge um ihn. Aber die Pusher haben Kasper und Ane nie etwas getan. Angsteinflößend waren nicht die Drogenhändler, sondern viel mehr die Polizei bei Razzien, blickt Kasper zurück. Einmal, als die Polizei in Christiania eindrang,

schmiss einer der Pusher einen Stein, ein Polizist geriet daraufhin in Panik und warf willkürlich eine Tränengasgranate, die in jener Sandkiste landete, in welcher der dreijährige Kasper mit seiner Schwester gerade spielte. Ein anderes Mal fand er als kleiner Junge eine Tränengasgranate der Polizei und nahm sie in den Mund.

BLUMIGE IDYLLE. Nach diesen Vorfällen zog die Familie aus dem an die Pusher Street grenzenden Viertel „Psyak“ in einen der ruhigeren Teile Christianias namens „The Dandelion“. Im Sommer blühte hier der Löwenzahn prächtig, daher der Name, erzählt Kasper. Inzwischen haben wir diesen Teil Christianias erreicht und wir stehen vor dem Haus, in dem er mit seiner Familie jahrelang gelebt hat. Es ist ein idyllischer Ort. Die bunten Holzhäuser sind aneinander gereiht, vor ihnen liegt ein großer, farbenprächtiger Garten; hinter den Häusern ein Stück Wald. Ein paar Schritte davon entfernt liegt einer der Seen Christianias. Auf dem Weg dorthin passieren wir Kaspers ehemaligen Kindergarten. Er erinnert sich gern an die Zeit dort. Die Volksschule besuchte er aber nicht hier, sondern in einer Schule, die direkt vor dem Eingang Christianias liegt. In seiner Klasse waren die meisten Kinder aus der Freistadt. „In der Schule hier hätten wir die ganze Zeit nur gesungen, das macht ja keinen Sinn“, meint Kasper. Wir sind am See angelangt und finden eine nette Stelle, an der wir uns mit unserem Kaffee niederlassen. Viele kommen hierher, um zu relaxen. „Es ist eigentlich schwer, ein schlechtes Bild von Christiania zu bekommen.“ Angesichts der Natur und des Sees mitten in der Stadt wirken Kaspers Worte nachvollziehbar. Jährlich kommen deshalb auch über eine Million BesucherInnen hierher. Ohne sie wäre die Freistadt nicht das, was sie ist – das wissen hier alle. Programm für TouristInnen gibt es deswegen auch zur Genüge. Dem typischen Bild der weltfremden AussteigerInnen entsprechen die ChristianierInnen somit nicht, denn isoliert sind sie von der Gesellschaft keineswegs. Manche von ihnen arbeiten und leben hier, viele von ihnen arbeiten jedoch außerhalb. „Christiania will nicht der Gesellschaft den Rücken kehren, aber irgendwie müssen wir das natürlich, weil sie einfach den Idealen hier widerspricht.“ Die vier Ideale, auf die sich Kasper bezieht, sind simpel: keine Gewalt, keine Waffen, kein Diebesgut, keine

harten Drogen. Wer gegen die Regeln verstößt, bekommt ein Ultimatum oder wird hinausgeschmissen. Wer zu harten Drogen greift, muss zum Beispiel auf Entzug gehen oder fliegt raus. Darüber wird im Kommunalrat entschieden. Die meisten Leute hier haben aber das Gefühl willkommen zu sein. Es sei keine geschlossene Community, meint Kasper.

ZWISCHEN ZWEI WELTEN. Auch Kasper hat nicht sein ganzes Leben hier verbracht. Wie in vielen dänischen Familien üblich wurde er mit 16 Jahren aufs Land in ein Internat geschickt. Mit Vorurteilen hatte er dort kaum zu kämpfen. Seine MitschülerInnen haben ihn stets als „coolen Typen“ aus Christiania wahrgenommen. Viele nannten ihn „Hippie“, damit hatte er aber kein Problem. Auf die Frage, was ihn am meisten hier geprägt habe, antwortet Kasper, dass er ein sehr positives Verhältnis zu Freaks habe, denn die gäbe es hier zur Genüge. „Ich rede gern mit schrägen Leuten“, schmunzelt er. Trotz skurriler Gestalten war Kaspers und Anes Kindheit hier aber im Großen und Ganzen sehr normal. Es gab neben ihnen viele andere Kinder, mit denen sie spielen konnten. „Es war eine schöne Kindheit.“ Doch diese liegt weit zurück. Kasper arbeitet momentan, so wie sein Vater früher, in einem Fahrradgeschäft, in dem die berühmten dreirädrigen Fahrräder hergestellt werden. Er spricht von einer Auszeit, bevor er zu studieren beginnt. Seine Eltern leben mittlerweile außerhalb Christianias. Nicht zu wissen, ob sie das Haus bei einer Räumung verlieren würden, stellte im hohen Alter eine zu große Belastung für sie dar. Kasper selbst würde sehr gerne später einmal in Christiania wohnen, doch das ist schwer. Wer ein Haus hier haben will, muss zum lokalen Rat gehen, der darüber entscheidet, wer ein solches bekommt. Wird eines der Häuser frei, gibt es allerdings dutzende InteressentInnen. Junge wie Alte sind hier gleichermaßen stark vertreten. Der Traum vom befreiten Leben lockt auch noch vierzig Jahre nach Gründung der Freistadt zahlreiche Alternative her – ein Traum, der für das Leben der Kinder Christianias prägend war und den manch einer unter ihnen auch in der Gegenwart weiterträumt. Wenn auch nicht unbedingt in Christiania, fügt Kasper hinzu.

Simone Grössing studiert Politikwissenschaft und Kulturwissenschaft in Kopenhagen und Wien.

„Rap ist größer denn je“

Mit Individualität und Authentizität mischen der Rapper Macklemore und sein Produzent Ryan Lewis das Rappgeschehen auf und geben ihm neue Perspektiven. Simone Grössing hat das Ausnahmetalent bei seinem Konzert in Kopenhagen getroffen.

progress: Euer neues Album „The Heist“ ist gerade erschienen. Was können wir uns davon erwarten?

Macklemore: Dieses Album ist einfach zweieinhalb Jahre unseres Lebens. Als wir mit den Aufnahmen begonnen haben, haben wir noch bei unseren Eltern gewohnt und jetzt touren wir durch Europa. Es ist sehr divers und beinhaltet einfach, wo wir in der Vergangenheit waren und wo wir heute stehen. In ihm stecken viele verschiedene Texturen, Sounds und Produktionen. Jeder Song hat ein Konzept. Wenn ich so objektiv wie möglich darauf blicke, würde ich sagen, dass es ein sehr gutes Album ist. Ich bin stolz darauf.

Wie unterscheidet es sich von euren letzten Alben?

Es ist im Grunde eine Fortsetzung unseres bisherigen Schaffens. Es ist sehr ehrlich und versucht, wie schon die Alben zuvor, verschiedene Genres miteinander zu verknüpfen. Im Großen und Ganzen ist es das, was ich wirklich bin und immer versucht habe zu sein – ein Künstler, der ehrlich und angreifbar ist und der Musik vom Herzen macht.

Euer millionenfacher Erfolg auf Youtube ist für einen Independent Act unüblich. Wie macht ihr das?

Hinter uns steht ein tolles Team verschiedenster Menschen. Es ist zwar klein, aber wir investieren alle sehr viel Zeit und Energie in unser Schaffen. Wir setzen eine starke visuelle Komponente – unsere Musikvideos sind sehr einprägsam. In erster Linie ist es aber natürlich die Musik, die die Leute berührt. Damit man das erreicht, muss man mit sich selbst verbunden sein. Das sind so die wichtigsten Elemente.

In dem Song „Make the money“ rappst du, dass dich das Game und Geld nicht verändern dürfen und du dir treu bleiben willst. Man sieht aber bei vielen MusikerInnen, dass sie sich verändern, sobald sie auf einem Major-Label sind. Wieso wird euch das nicht passieren?

Ich denke, es war ein langsamer Anstieg, bis wir dorthin gelangt sind, wo wir jetzt sind. Viele andere sind sehr schnell berühmt geworden, bei uns war das anders. Ich habe realisiert, dass bloß weil ich den Höhepunkt meiner Karriere erreicht habe, das nicht heißt, dass ich jetzt glücklicher bin als zuvor. Geld zu haben, ist keine Garantie für Glück, und Erfolg ist keine Garantie für Zufriedenheit. Es sind sehr fundamentale Dinge, die einen erfüllen. Geld ist ein tolles Zeugnis für harte Arbeit, das heißt aber nicht, dass es glücklich macht. Am Ende zählt das nicht.

Du positionierst dich gegen Drogen und schreibst Pro-Homo-Songs (siehe „Same-Love“). Du machst oft das Gegenteil von dem, was die meisten Rapper machen.

Ich denke, im Jahr 2012 gibt es so viel Platz und Möglichkeiten, um du selbst zu sein, wer auch immer das ist. Solange du „real“ bist, kannst du so sein, wie du bist und du wirst akzeptiert. Ich denke, die Normen und Stereotype von Rap ändern sich. Ich versuche nicht, bestimmte Mauern einzureißen, weil ich denke, dass das gemacht werden muss. Ich bin einfach nur ehrlich und zeige meine Sicht auf die Welt. Hip Hop sollte etwas Größeres sein – eine größere Kunstform als, dass sie in Schubladen gesteckt werden könnte. Rap ist größer denn je, es gibt eine größere Anzahl von MusikerInnen als früher, mit sehr verschiedenen Ansätzen. Einerseits, weil das Internet das ermöglicht und andererseits, weil die Major Labels die Kontrolle in der Musikindustrie verlieren – es gibt heute eine Diversität, die wunderbar ist.

Was hältst du von dem Begriff „Hipster Rap“? Stört es dich, wenn jemand deine Musik so bezeichnet?

Es ist lustig, ich höre das seit dem Song „Thrift Shop“ ständig. Aber was ist schon ein Hipster? Es ist eine nicht enden wollende Debatte. Es verletzt weder meine Gefühle, noch streite ich es ab, oder bestätige es, es ist mir eigentlich egal.

In der letzten Zeit haben sich viele MusikerInnen geoutet, darunter etwa Azealia Banks, Syd the Kyd und Frank Ocean. Ändert sich Rap ernsthaft, oder ist das einfach nur ein Hype?

Ja, ich glaube Hip Hop und die Gesellschaft verändern sich. Hip Hop wurde immer schon direkt von der Gesellschaft beeinflusst und umgekehrt. Leute wie Frank Ocean, die sich nun outen, sind sehr mutig. Sie sind sehr verwundbar in einem Genre, das

denen man Angst hat. „When I was in third grade, I thought that I was gay“ – das machte mir schon tierisch Angst, so etwas auf meiner Platte zuzugeben. Nicht zu wissen, wie man beurteilt wird und was die Rap-Welt über mich sagen wird. Wenn ich Angst habe, über etwas zu schreiben, dann ist das womöglich der richtige Platz, von dem aus ich schreiben sollte. Ich versuche das einzureißen, wovor ich Angst habe.



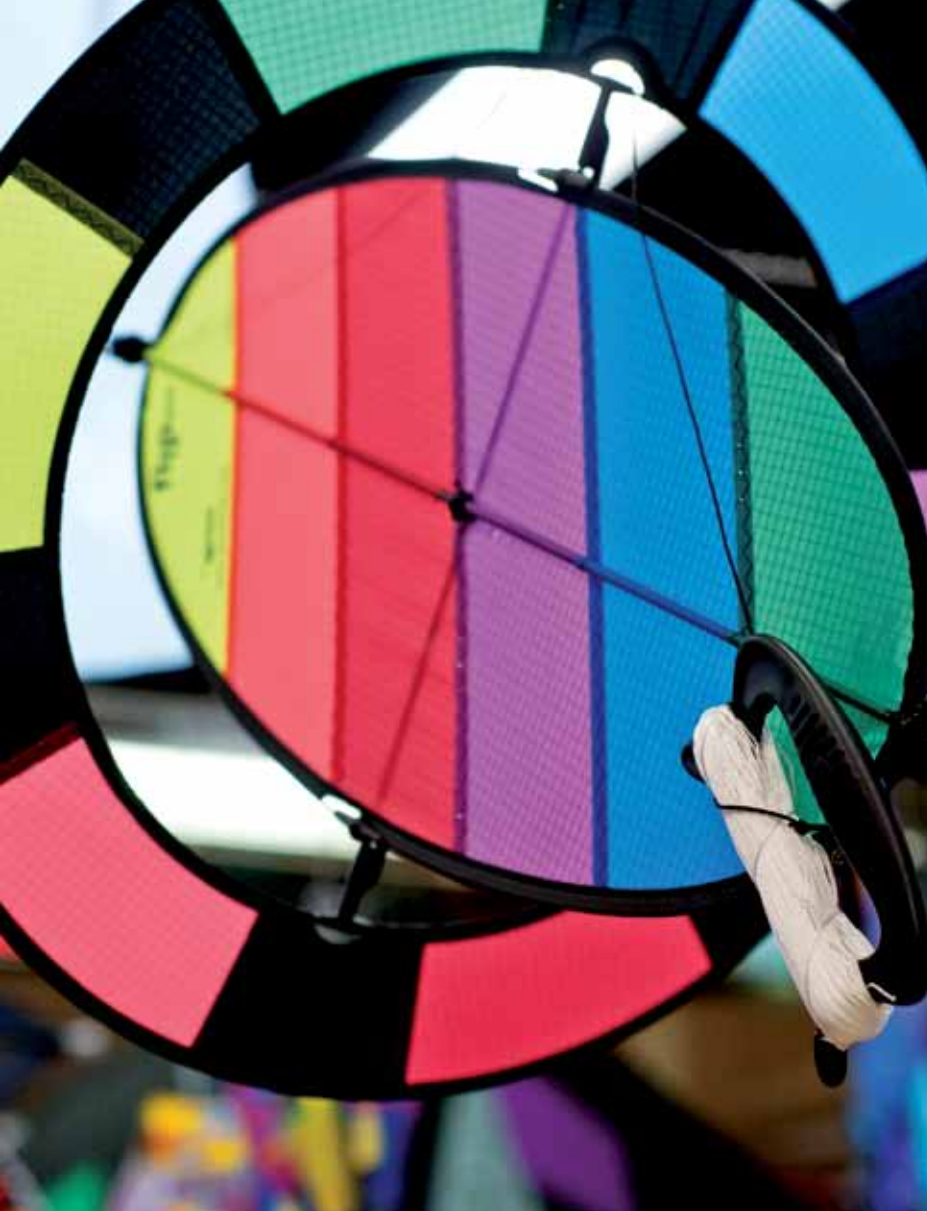
Foto: Linda Peterson

so homophob ist. Die Leute sind aber bereit, sie selbst zu sein, und fühlen sich damit wohler denn je zuvor. Es ist kein Hype. Alles kommt zu seiner Zeit. Ich hab den Song geschrieben, bevor Frank Oceans Outing kam und bevor Obama sich für die Homo-Ehe aussprach und Jay-Z ihm seine Unterstützung erklärte. Aber es geht nicht darum, auf den Zug aufzuspringen, oder darum, dass du der Erste bist. Je mehr Perspektiven desto besser. Es geht einfach darum, „real“ zu sein und das war der Song „Same-Love“ eben für mich.

Welchen fehlenden Farbstrich verpasst ihr dem Rap?

Es sind unsere eigenen Farben. Es ist kein zwanghaftes Hineinpassen-Wollen. Es geht darum, individuell zu sein und Dinge auszusprechen, vor

Was sind deine Pläne für die Zukunft? Ich möchte mir ein bisschen Zeit nehmen und mit meiner Freundin herumreisen, das nächste Album außerhalb von Seattle schreiben, eine andere Perspektive auf das Leben bekommen und Energie sammeln, weil wir in den letzten drei Jahren sehr hart gearbeitet haben. Wenn sich einmal die Türen der Musikindustrie öffnen und sich deren Räder zu drehen beginnen, feuert dich jeder an. Ich bin bereit, hart zu arbeiten, denn jetzt stehen uns ja die Türen offen. Aber es ist eben auch Teil dieser Arbeit, darüber zu reflektieren, was du machst. Du kannst keine neue Musik schreiben, wenn du jeden Tag dasselbe siehst. Wir wollen neue Musik machen, aber von anderen Orten aus.



High in the Sky

Drachen sind ein Zeichen für Freiheit und Muße. Man findet sie am Himmel von Japan bis Europa, von Indien bis in die USA. *progress* frischt eine Kinderfreude auf.

WAS WILL ICH?

Zum Drachensteigen braucht man einen Drachen. Aber welchen soll man nehmen? Schließlich gibt es eine unglaublich große Auswahl. Drachen gibt es in allen Farben, unzähligen Formen und Größen. Die erste Entscheidung ist: Soll es ein Einleinerdrachen sein oder ein Lenkdrachen? Der Unterschied zwischen den beiden ist, dass der Einleinerdrachen nur mit einer Schnur und der Lenkdrachen mit zwei Schnüren gehalten wird. Was dabei unbedingt mitbedacht werden sollte, ist, bei welchen Windbedingungen ich meinen Drachen steigen lassen will. Der Einleinerdrachen ist für all jene das Richtige, denen es genügt, den Drachen an den großen Zeh zu binden, sich ins Gras zu legen und ihn von dort aus am Himmel zu beobachten. Hierfür sind Drachen, die bei geringer Windstärke fliegen, geeignet. Der bekannteste ist der charakteristische viereckige Eddy-Drachen.

EINLEINERDRACHEN

Für spontane Ausflüge bekommt man einen Eddy aus Plastik für ungefähr drei Euro im Spielwarengeschäft. Die Auswahl an Motiven reicht von Tweety über Spider Man bis zum Adler. Vorsicht: Die Nylonschnur schneidet bei einer starken Zugkraft ein. Also nicht um den Finger oder Zeh wickeln, sobald der Wind stärker weht. Wer sich einen qualitativen Drachen leisten will, sollte in ein Fachgeschäft gehen. In Wien bekommt man im *Fly High* schöne Drachen ab 15 Euro. Worauf man beim Kauf achten sollte: Halten die Nähte, ist das Material gut verarbeitet und ist er für die regionalen Windverhältnisse passend?

LENKDRACHEN

Wer gerne ausprobiert und an Tricks tüftelt, ist mit einem Lenkdrachen gut bedient. Hier ist die Auswahl etwas anspruchsvoller. Das billigste Modell im Wiener Geschäft *Fly High* ist *Tango* und kostet 58 Euro. Jeder Drachen hat seinen eigenen Charakter. Es gibt einige, die fliegen wie auf Schienen, andere

sind verspielter. Um möglichst viel Spaß zu haben, sollte man einen auswählen, der auch zur eigenen Persönlichkeit passt. Da lohnt sich eine Beratung im Fachgeschäft. Zum Beispiel: Ist man chaotischer, eignet sich ein Drachen, der gut im Wind tänzelt.

SELBER BAUEN

Es ist ein Unterschied, ob man *irgendeinen* oder *den* eigenen Drachen hat. Wer einen Lenkdrachen selber bauen will, muss sich fragen, welche Form er haben soll. In Bezug auf weitere Fragen kann man sich in einem Fachgeschäft beraten lassen. Baupläne lassen sich leicht im Internet finden, zum Beispiel auf der *Fly-High*-Seite. Leider sind die Kosten für einen selbstgebauten Drachen meist höher als beim Kauf eines fertigen. Für eine ganz einfache Version kann man ein trockenes Blatt und Streichhölzer verwenden. Hauptsache, man hat ein Bspannungsmaterial, ein Gestänge und eine Schnur. Als Verzierung kann man einen Schweif anheften. Die klassischen Mascherln sind dafür meist zu schwer, besser sind bunte Streifen, zum Beispiel aus Müllsäcken. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt.

TRICKS

Wie ich ein Fahrrad lenke, so lenke ich auch einen Drachen. Also: Wenn ich an der rechten Schnur ziehe, fliegt der Drachen nach rechts, wenn ich an der linken Schnur ziehe, fliegt er nach links. Wenn man rechts und links schnell abwechselt, dann kommt der Drachen in der Luft zum Stehen. Um zu bewirken, dass der Drachen stehen bleibt, muss man sich auf ihn zubewegen. Dann Kreiseln lassen und den Drachen auf den Bauch oder Rücken legen. Am besten einfach selbst herumprobieren.

ORT

Wenn du einen geeigneten Platz zum Drachensteigen auswählst, sollte hinter dir möglichst viel freie Fläche sein, damit der Wind ungehindert Zugang hat. Bewährte Plätze zum Drachensteigen in Wien sind die Donauinsel bei der Floridsdorferbrücke,

der Wienerberg, Laaer Berg, und etwas weiter oben Am Himmel. Wer nachher gerne noch etwas trinken gehen möchte, für die oder den empfiehlt sich der Böhmisches Prater in der Löwygrube. Im Umkreis von sieben Kilometern von Fluganlagen ist das Drachensteigen nur bis auf eine Höhe von 100 Metern erlaubt. Im näheren Umkreis nur bis auf 60 Meter Höhe.

WETTER

Jedes Wetter ist für das Drachensteigen geeignet. Regen macht den meisten Drachen nichts, bei Gewitter sollte man den Drachen aber doch zuhause lassen. Die besten Wetterbedingungen sind bei 23 Grad und 15 km/h Windgeschwindigkeit gegeben. Drachen kann man das ganze Jahr hindurch verwenden – entgegen der Meinung im deutschsprachigen Raum, dass nur der Herbst DrachENZEIT sei.

ZEIT UND LEUTE

Nimm dir Zeit. Drachen machen erst richtig Spaß, wenn man sich Zeit lassen kann. Drachensteigen-Lassen ist ein kommunikatives Hobby. Am besten man sucht sich ein paar Leute zusammen und geht gemeinsam. Drachen machen gute Laune. Es ist seltsam, aber: Wer zum Drachen hoch am Himmel aufsieht, der die lächelt. Wenn sich mal zwei Drachen ineinander verheddern, dann wird nicht geschimpft. Sondern man kommt beim Entwirren ins Gespräch. So bleiben auch Leute, die ohne Begleitung unterwegs sind, nicht lange allein.

fly-high.com

Die Autorin Marlene Brüggemann studiert Philosophie an der Uni Wien.

Schwerstarbeit auf Pedalen

Eigentlich klingt es nach dem perfekten Job für Studierende: Was könnte es besseres geben, als Sport zu machen und dabei auch noch Geld zu verdienen? So sieht der Alltag von FahrradbotInnen aus: Sie transportieren alles, was in ihre riesigen Botentaschen passt, kreuz und quer durch die Stadt. Und solange die Sonne scheint, macht der Job Spaß. Wenn es aber regnet oder schneit, will kaum jemand volle Aktenordner mit dem Drahtesel von A nach B befördern. Auch im Verkehr sind RadbotInnen nicht besonders beliebt: Sie werden angehupt, abgedrängt oder gar über Autotüren katapultiert, wenn PKW-LenkerInnen beim Aussteigen nicht auf den angrenzenden Radweg achten. Trotz gefährlicher Arbeitsbedingungen ist das BotInnengeschäft wenig lukrativ – für die Schwerstarbeit im Sattel bekommen KurierInnen zwischen sechs und 13,50 Euro in der Stunde. Für Fox, Nadine und Orca ist es dennoch ein Traumjob.

DIE BOTINNEN. „Manche Leute stellen sich das Botenfahren romantisch vor. Ich hatte alle meine zwölf Übungstage im Regen und wollte es trotzdem unbedingt machen“, erzählt Nadine Pirker. Das war vor mittlerweile dreieinhalb Jahren, als die Boku-Studentin von einem Auslandssemester in Buenos Aires nach Hause kam: „Ich habe mir gedacht, wenn ich Buenos Aires überlebe (Anm. d. Red.: nicht die radfreundlichste Stadt), kann ich auch in Wien Rad fahren.“ Seither arbeitet sie für den Botendienst *Spinning Circle* in Wien. Auch sonst ist Nadine am liebsten im Sattel unterwegs – Semesterticket hat sie schon lange keines mehr: „Seit ich so viel mit dem Rad fahre, ist Wien total klein geworden. Jetzt habe ich ein ganz anderes Gefühl für die Stadt.“

Der RadbotInnen-Job ist kein Zuckerschlecken. Trotzdem wollen einige StudentInnen nichts anderes machen.

Auch Fox und Orca brauchen keine Öffis und schon gar keine Autos, um sich in Wien fortzubewegen. „Auf einer Strecke von fünf Kilometern ist man mit dem Rad viel schneller als mit dem PKW“, erklärt Orca. Vor einem Jahr arbeitete sie an ihrer Komparatistik-Diplomarbeit und suchte einen sportlichen Ausgleich zur geistig anspruchsvollen Arbeit. Den hat sie im Botenfahren gefunden; heute arbeitet sie bei *Hermes*. Auch Boku-Student Fox ist schon immer gerne und viel geradelt, ob auf die Uni oder 300 Kilometer nach Ungarn auf ein Festival. Irgendwann hat er beim Botendienst *Go* angeheuert und sich für seinen Lieblingssport bezahlen lassen.

Fox heißt mit bürgerlichem Namen Lukas Fuchs; Orca eigentlich Clara Silef. Viele BotInnen haben einen Berufsnamen, unter dem sie in der Rad-Community bekannt sind. „Die Orca ist brutal schnell“, weiß Nadine. Auch Fox kennt Orca von BotInnenmeisterschaften, wo die FahrerInnen gegeneinander antreten. „Die tolle Community hat wahrscheinlich damit zu tun, dass man auf der Straße eigentlich einE EinzelkämpferIn ist. Da freut man sich umso mehr über Gleichgesinnte“, sagt Nadine. Auch für Orca ist das Botendasein mehr als nur ein einfacher Nebenjob: „Dahinter steckt eine eigene Kultur: Man vertritt damit eine alternative Lebensform.“

DIE BEZAHLUNG. Wer nicht hinter dieser Ideologie steht, wird als BotIn kaum glücklich werden: „Das ist kein Job, den man wegen des Geldes machen sollte. Wenn du kein richtiger Radfreak bist, hältst du nicht lange durch“, erklärt Fox. Er hat schon einige BotInnen am ersten Regentag aufhören sehen. Die schlechte Bezahlung hängt mit dem starken Konkurrenzdruck unter den Unternehmen zusammen: 1987 gab es mit *Veloce* gerade einen Botendienst in Wien, mittlerweile sind es sieben. In Graz und Innsbruck gibt es nur jeweils zwei. Und weil sich die Botendienste in puncto Liefergeschwindigkeit kaum unterscheiden, unterbieten sie sich bei den Preisen. Bei *Spinning Circle* etwa zahlt der oder die KundIn 12,50 Euro, wenn sein oder ihr Paket vom Hanusch-Krankenhaus im 14. zum Donauturm im 22. Wiener Gemeindebezirk transportiert werden soll. Da bleibt für die BotInnen nicht viel übrig. „Wir kriegen alles gezahlt, was sie uns zahlen können“, erklärt Nadine, die mit Gewerbeschein fährt. Bei *Spinning Circle* verdienen alle FahrerInnen – auch die ChefInnen – gleich viel. Denn der Gesamtumsatz eines Monats wird durch die gefahrenen Stunden aller BotInnen dividiert. So erhält jedeR denselben Stundenlohn. Auch Stehzeiten (wenn gerade nichts transportiert wird) werden bezahlt. Bei *Pink Pedals* in Graz und bei *Hermes* in Wien, wo Orca gering-

fügig beschäftigt ist, funktioniert das ähnlich. Alle drei Botendienste wurden von FahrradkurierInnen für FahrradkurierInnen geschaffen; wichtige Entscheidungen werden im Plenum aller FahrerInnen getroffen. „Wir sind eine richtige ‚family‘“, sagt Orca stolz.

Bei Fox sieht das anders aus: Er ist mit 54 Prozent am Umsatz seiner eigenen Fahrten beteiligt. Je schneller er fährt, desto mehr Fahrten teilt ihm die Zentrale zu – und desto mehr verdient er auch. Wenn er schneller als seine KollegInnen ist, bekommt er gute Fahrten. Das trägt nicht gerade zur FahrerInnengemeinschaft bei, bringt aber finanzielle Vorteile: Wenn Fox schnell ist, verdient er besser als Nadine oder Orca. Bekommt er allerdings wenige Aufträge, arbeitet er zu einem geringeren Stundenlohn. Das Risiko liegt bei ihm.

DIE STADT. Und das Risiko liegt auch auf der Straße: BotInnen leben gefährlich. Eine Studie der Harvard Medical School belegt, dass RadkurierInnen in Bosten 13-mal mehr Zeit im arbeitsbedingten Krankenstand verbringen als andere ArbeitnehmerInnen. Orca ist schon einige Male im Winter auf Schneefahrbahn ausgerutscht, Nadine in Straßenbahnschienen hängen geblieben, etwas Größeres ist ihnen noch nicht passiert. Dennoch ist ihr Job in Wien gefährlicher als in anderen Unistädten. In Innsbruck wird laut einer Umfrage des VCÖ fast jeder vierte Alltagsweg mit dem Rad zurückgelegt. In Graz radeln immerhin 18 Prozent. Das kommt daher, dass die radfreundliche Infrastruktur gut ausgebaut ist, was zu einem friedlichen Miteinander aller VerkehrsteilnehmerInnen beiträgt: „Das Verkehrsklima ist für Radfahrer im Westen deutlich besser und rücksichtsvoller als im Osten“, sagt VCÖ-Experte Markus Gansterer. Wien liegt mit sechs Prozent abgeschlagen am vorletzten Platz des VCÖ-Rankings. „Die Wiener Radwege sind schon recht mühsam“, meint Fox. Will man etwa vom Campus der Uni zum Rathaus fahren, endet der Radweg auf einer Seite der Alserstraße; weitergehen tut er auf der anderen. Dazwischen fahren Straßenbahnen und Autos – eine Möglichkeit, die Seite zu wechseln, gibt es bisher nicht.

Wegen mühsamer Verkehrsstellen fahren KurierInnen meist lieber auf der Straße und nicht auf dem Radweg. Dort schießt sie keinE AutofahrerIn beim Linksabbiegen ab und sie gefährden auch keine FußgängerInnen, die den Radfahrstreifen übersehen. Eigentlich ist das verboten, denn es gilt Radwegbenutzungspflicht. Aber auch das gehört zum Botenfahren dazu: An der Grenze der Verkehrsordnung zu leben.

Filmtipp: *Tempo* (Stefan Ruzowitzky, 1996)

Die Autorin Julia Prummer studiert Rechtswissenschaften an der Uni Wien.



Foto: Linnea Jaenen

INTER-VENTION



Heinz-Jürgen Voß (2012): *Intersexualität – Intersex. Eine Intervention*. Münster: Unrast Verlag. 80 S., 7,80 Euro

„Medizin orientiert eigentlich darauf, dem Menschen zu nützen, nicht ihm zu schaden“, schreibt Heinz-Jürgen Voß in seinem aktuellen Buch *Intersexualität – Intersex. Eine Intervention*. Eigentlich sollte dies ein banaler Allgemeinplatz sein. Aber in Bezug auf die Situation von Intersex-Personen kommt die Medizin genau dieser allgemeinen ethischen – und damit gesellschaftlichen – Anforderung

nicht nach. Dies ist auch der Ausgangspunkt von Voß' Buch, das wir als eine kritische wissenschaftliche Intervention in die aktuellen Debatten um das Thema Intersex verstehen können.

Neben all den klischeehaften Darstellungen in Mainstream-Medien und verklausulierten wissenschaftlichen Studien, in denen gesellschaftliche Interessen und eigene Vorurteile zumeist verschleiert werden, bietet dieses kleine Büchlein einen kompakten Überblick. Zuerst wird in die Geschichte des Phänomens „Hermaphroditismus“ und „Intersexualität“ sowie der damit verbundenen medizinischen Maßnahmen eingeführt. Die zweite Hälfte befasst sich mit der aktuellen medizinischen Situation und gibt eine Zusammenschau von Studien, die Behandlungsergebnisse und -zufriedenheit von Betroffenen evaluieren. Dadurch entwickelt dieses kompakte Büchlein das Potential zur breit verwendbaren Argumentationsgrundlage für medizinisch- und juristisch-politische Debatten. Jedenfalls wird klar, dass die bestehende Situation den Betroffenen mehr schadet als nützt und somit auch medizinisch-ethisch nicht vertretbar ist.

Ähnlich wie in seiner ausführlicheren und als Grundlage zu empfehlenden Einführung in das Thema *Geschlecht. Wider die Natürlichkeit* (2011.

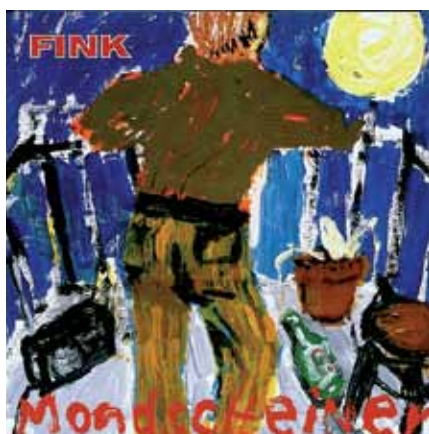
Schmetterling Verlag) versteht es Voß, wissenschaftliche Sachverhalte auch in historische und aktuelle gesellschaftliche Kontexte einzubinden. Trotz des wissenschaftlichen Charakters ist der Biologe Voß dabei stets darum bemüht, die Sachverhalte in allgemein-verständlicher Weise zu erläutern.

Das Thema Intersexualität wird mittlerweile auch in (versuchsweise sozialkritischen) Krimiserien wie „Tatort“ (Münster im September 2011; Luzern im Mai 2012) aufgegriffen. Und kritische Interventionen – wie sie Voß auch mit diesem Buch liefert – scheinen auf meist oberflächliche Auseinandersetzungen beispielsweise in Fernsehsendungen zu wirken. Dabei wird Raum für feinere Differenzierungen geschaffen und auf die Betroffenen-Perspektive fokussiert. Zudem lehrt diese Intervention auch auf einer Metaebene etwas über die Verquickung von Wissenschaft und Gesellschaft. Es zeigt, wie marginalisierte und nicht-normierte Personen, Themen und Phänomene als (gewaltvolles) Experimentierfeld dienen, um gesellschaftliche Normierungen in anderen Bereichen festzuschreiben – in diesem Fall den Zwang zur Zweigeschlechtlichkeit und, versteckt, zur Heterosexualität.

Andrea*s Jackie Klaura

Zweimal hingehört

**NILS KOPPRUCH
(1965 – 2012)**



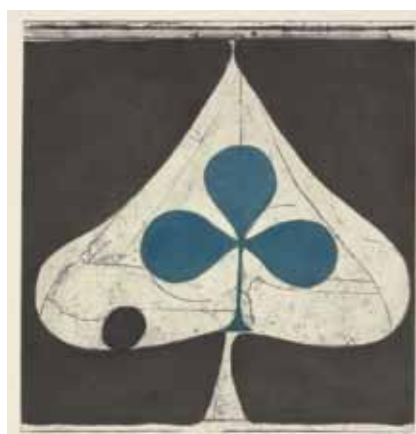
KATI: Wir machen ja eigentlich keine Retrospektiven. Und auch nix, was vor mehr als einem halben Jahr herausgekommen ist. Aber weil es eben manchmal so ist, dass mensch sich an gute Dinge erst wieder erinnert, wenn sie vorbei sind, musste Sänger Nils Koppruch sterben, damit ich meine frühere Lieblings-CD *Mondscheiner* rauskrame und nochmal höre. Über zehn Jahre haben sich *Fink* an Kategorien wie Country, Noir- Folk und Anti-Pop abgearbeitet, manchmal zynisch, manchmal ernst, immer glaubwürdig. „*Fink* ist in Musik gegossener Brecht“, dachte ich mir damals, 2001 oder so, während ich versuchte, beim Drehen einer Zigarette revolutionär drein-

zuschauen, die *Heilige Johanna der Schlachthöfe* als gelbes Reclam-Heft in der hinteren Hosentasche.

PHILIPP: Dieses Mal soll gewürdigt werden. Nämlich einer der besten Singer-Songwriter, der im deutschsprachigen Raum in den letzten 20 Jahren gewirkt hat. Seit zwei Wochen höre ich jetzt wieder *Fink*. Und erinnere mich an eine Band, die immer nur ich kannte. *Fink* gehörte irgendwie mir. 2004 war es, als ich mich im Quasi-Privatissimum im Linzer Posthof mit 20 Mithörer*innen vom intellektuellen Americana-Country-Pop überzeugen konnte. Seither habe ich ihn aus den Augen verloren. Erst heuer habe ich ihn als *Kid Kopphausen* – sein letztes Musikprojekt – wieder entdeckt. Kurz danach ist er viel zu früh gestorben. Und seine Fans kramen in seinen schönsten Textzeilen, um das passende Song-Zitat für sein Ableben zu finden. Schon grotesk – als ob Koppruch seinen eigenen Nachruf vertont.

*irgendwo da draußen
reißt irgendetwas ab
das nie mehr anzubinden ist
und es gibt keinen ersatz*
(Fink, *So fass ich's an*, 1999)

**GRIZZLY BEAR
SHIELDS (2012)**



PHILIPP: Der Soundtrack des Herbsts kommt heuer ohne Zweifel aus Brooklyn. Da kann jetzt zwar berechtigterweise eingewendet werden, dass dies wohl für jede Jahreszeit gesagt werden kann, ist doch die Dichte an interessanten Bands im künstlerisch kreativsten Stadtteil New York Citys besonders hoch. Erst im August haben *Yeasayer* ein wunderbares Artpop-Album und die Soundtüftler von *Animal Collective* ihr bisher spannendstes Werk veröffentlicht. Was aber *Grizzly Bear* im September auf den Markt geworfen haben, stellt alles in den Schatten, was uns dieses Jahr an Popperlen bereits beschert hat. Drei Jahre nach *Veckatimest* erschafft die Band

ein Meisterwerk der Popharmonien. Die auf *Shields* versammelten Tracks kommen allesamt äußerst unaufdringlich daher, ehe sich in den Tiefen der fein austarierten Arrangements so viele herrliche Popmomente entfalten, dass jeder Song einen eigenen Höhepunkt des Albums darstellt. Album des Jahres-Kandidat!

KATI: *Grizzly Bear*. Kannte ich von irgendwoher. So ein x-beliebiger Indie-Tier-Bandname. Gitarren, Synthies, eine Männerstimme, die bestimmt in einem karierten Flanellhemd steckt und Bart trägt. Brooklyn halt. Das war das letzte Album *Veckatimest*: Nebenbei in der U-Bahn hören und sich nachher nicht mehr erinnern können, wie's geklungen hat. Gefällig. Und jetzt? *Shields*. Das bleibt. „The cold keeps tearing at me.“ Weniger simple Melancholie, mehr vielfältige Ernsthaftigkeit. Von spielerischen Synthies über die – etwas nervige – rockige Mitte bis zum monumentalen Instrumenteaufgebot á la *Cinematic Orchestra* im Schlusstück *Sun in your Eyes*. In your face, Herbst.

Die AutorInnen Kati Hellwagner und Philipp Lindner studieren Politikwissenschaft und Soziologie an der Uni Wien.

Tag der Ehre

Nächsten Februar ist es wieder so weit: Neben Dresden richtet man die Aufmerksamkeit auf Budapest, denn die ungarische Hauptstadt ist in den letzten Jahren zum Schauplatz des zweitgrößten Nazi-Aufmarsches in Europa geworden. Bis 2010 fanden die Kundgebungen inmitten der Hauptstadt auf dem imposanten Heldenplatz statt. Seither sind sie in die umliegenden Wälder verlagert worden. Doch die Hauptstadt ist deshalb am 11. Februar keineswegs verwaist: Der „Gedenktag“, der seit 2005 auch auf dem Burgberg stattfindet und von der Kommunalverwaltung, der Regierungspartei *Fidesz* und vom Militärgeschichtlichen Museum ausgerichtet wird, zieht weiterhin alte und neue Nazis aus ganz Europa an. Ihre Zahl ist vorerst gering, steigt aber stetig. Heuer waren etwa dreihundert dabei.

Anlass des „Gedenkens“ rund um den 11. Februar ist der Ausbruch mehrerer zehntausend deutscher und ungarischer Soldaten aus dem von der Roten Armee eingekesselten Stadtteil auf dem Burgberg in Buda im Jahre 1945, bei dem mehr als 39.000 Menschen ums Leben kamen. Der erste Gedenkmarsch fand 1997 mit etwa 150 TeilnehmerInnen in der Burg statt, die erste Gedenkveranstaltung unter dem Titel „Tag der Ehre“, organisiert von *B&H Hungaria* am 9. Februar 2003, bereits am imposanten Heldenplatz. Die *B&H Hungaria*, 1998 mit etwa 500 bis 600 Mitgliedern ins Leben gerufen, war damals eine der aktivsten Neonazi-Organisationen Ungarns. Dennoch wurde sie 2002 als gemeinnütziger kultureller Verein anerkannt, weil in ihrer Satzung als Ziel „die Erschaffung einer organisch gewachsenen und auf starkem nationalem Bewusstsein und sozialer Gerechtigkeit basierende Gesellschaft“ sowie die Unterstützung von „benachteiligten Rockmusikern“ stand. Man darf nicht vergessen, dass zwar im Mai 2002 die völkische Koalition, angeführt von *Fidesz* (1998–2002), von einer sozialliberalen Koalition abgelöst wurde, aber vorausgegangen waren vier Jahre intensive völkisch-kulturpolitische Mobilisierung.

Waren 2004 etwa 500 TeilnehmerInnen an der Neonazi-Veranstaltung beteiligt, erreichte ihre Zahl bis 2009, dem Jahr, in dem sie verboten wurde, die 2000. Im Jahr nach ihrem Verbot, 2010, gelang es den Neonazis, die Behörden auszutricksen. Wegen der Parlamentswahlen in Ungarn im April war es bereits Mitte Februar möglich, Veranstaltungen, die als Teil der Wahlkampagne deklariert wurden, legal durchzuführen. So gründeten sie in Eile eine neue Partei mit dem Namen *Nationale Revolutionäre Front* (MNF), die dann etwas verspätet, am 13. März als Wahlkampagne getarnt, in die Burg marschierte und vor einer Gedenktafel am Fuße des Magdalenturmes am Kapisztrán Platz im ersten Stadtbezirk Budapests Kränze niederlegte. Dies ist die Gedenktafel, die am 12. Februar 2005 vom Bürgermeisteramt des ersten Bezirks von Budapest und vom Militärgeschichtlichen Museum „zum sechzig jährigen Gedenken den ehrenhaften Soldaten gewidmet“ wurde, „die in der Schlacht um Budapest heldenhaft starben“. Seit jener Zeit begeht also auch die größte Partei Ungarns den Gedenktag, allerdings unter dem Namen „Schlacht um Budapest“.

In Ungarn wird am "Tag der Ehre" und am "Tag der Schlacht um Budapest" SS-Verbündeten gedacht. Ein Gastkommentar von Magdalena Marsovszky.

War also 1997 lediglich eine kleine Neonazi-Gruppe an dem Gedenktag interessiert, hat er mit der Zeit nicht nur Eingang in die Erinnerungspolitik in der Mitte der Gesellschaft gefunden, sondern ist seit 2010 kulturpolitisch für das gesamte Ungarn maßgeblich, weil *Fidesz* – zusammen mit der KDNP (*Christlich Demokratische Volkspartei*) – seit den letzten Parlamentswahlen im Mai 2010 die Regierung des Landes bildet.

Die Gedenkfeier, organisiert vom Militärgeschichtlichen Museum mit dessen Direktor, Generalleutnant a. D. József Holló, und dem Bürgermeisteramt des ersten Bezirks mit Bürgermeister Tamás Gábor Nagy, verläuft auch hier jedes Jahr gleich: Zunächst halten an der Gedenktafel zwei als Soldaten gekleidete Männer Ehrenwache in Uniformen aus dem Zweiten Weltkrieg – Leihgaben aus dem Militärmuseum. Im Tarnanzug schildert Holló in seiner Ansprache die Ereignisse und die damit verbundenen menschlichen Leiden auf der Seite des Militärs und unter den ZivilistInnen. Er zitiert immer wieder ein Gedicht des vor einigen Jahren verstorbenen ungarischen Dichters und Sängers Tamás Cseh, das heutzutage als wahre Hymne im Zusammenhang mit dem Gedenktag in Umlauf ist: „Eines Nachts haben die Deutschen Buda nicht mehr länger verteidigt“, heißt es darin, „weil draußen, am Széna Platz die Russen warteten /.../ und das Feuer eröffneten. /.../ hier lagen viele Zehntausende /.../“.

Bürgermeister Nagy spricht zwar über das Verhältnis von individueller und kollektiver Verantwortung, doch an eine reflexive gesellschaftliche Verantwortung, die auch den Holocaust miteinbezieht, denkt er nicht. Niemand weist darauf hin, dass etwa ein halbes Jahr vor der „Schlacht um Budapest“, im Sommer 1944, durch die bereitwillige Mithilfe Einheimischer binnen acht Wochen beinahe eine halbe Million ungarischer Juden und Jüdinnen deportiert wurde. Nach ihrer Machtübernahme im Oktober 1944 haben die Pfeilkreuzler sogar noch um die Jahreswende 1944/1945, also nur wenige Wochen vor dem Ausbruchversuch, Tausende ungarische Juden und Jüdinnen am Ufer der Donau erschossen. Der Bürgermeister und der Generalleutnant a.D., vor deren Amtssitzen die „feierlichen Kranzniederlegungen“ jährlich stattfinden, erinnern in ihren Reden an den „Ausbruchversuch der deutsch-ungarischen Garnison aus dem Budapester Kessel“, ohne dabei auch nur mit einem Wort zu erwähnen, dass damit verharmlosend Einheiten der Waffen-SS und deren ungarische Verbündete gemeint sind.

IM GEGENTEIL. „Ehrerbietung gehört demjenigen, der heilig ist“, sagte Nagy in seiner von den Medien

als besonders bewegend erlebten Rede 2009: „... So auch den Soldaten, die im eisigen Februar, inmitten des Budapester Kessels trotz einer vielfachen Überlegenheit des Gegners und völliger Entkräftung, in völliger Aussichtslosigkeit und Hoffnungslosigkeit /.../ dem Tod ins Auge blickten und bereit waren, ihr Leben für andere zu opfern.“ Er charakterisierte die Soldaten, entweder Mitglieder oder Verbündete der Waffen-SS, als „heilig“ und ihr Verhalten als „beispielhaft“. Die Trauer und den Schmerz sowie die Katharsis der Erinnerung leitet er nicht etwa von der Seite der Opfer, aus dem Holocaust ab, sondern von der Seite der TäterInnen, von der Seite derer, die zumindest als Verbündete am Holocaust beteiligt waren. Dass diese Denkweise, die in der Antisemitismusforschung als „Täter-Opfer-Umkehr“ bekannt ist, erneut zum Antisemitismus führt, beweisen die Schlussworte des Bürgermeisters. Am Ende seiner Rede bietet er auch eine vermeintliche Lösung an, nämlich die Besinnung auf die Nation mit Hilfe des kulturellen Erbes.

Regelmäßiger Gastredner ist der Veteran Zsolt Lányi, Leiter des parlamentarischen Verteidigungsausschusses a. D., Präsident des Kameradschaftsvereins des 1. und 2. Königlichen Ungarischen Universitäts-Sturm- und Taillons. Er bittet darum, der noch lebenden Veteranen der ehemaligen Kampfverbände zu gedenken und wehrt sich entschieden gegen Vorwürfe, dass sie alle Faschisten gewesen seien. „Es ist furchtbar, wenn jemand, der als Held gefallen ist, im Nachhinein als Faschist diffamiert wird“, sagte er 2010. Veteran Ervin Galántay, der als Fahnenführer in Militäruniform der „Gedenkfeier“ beiwohnt und als 14-jähriger Kadett der ungarischen Armee selbst an den Kampfhandlungen teilgenommen hatte, sagte 2010 in einem Interview mit der Budapester Zeitung, für ihn sei die Verteidigung Budapests ein „moralischer Imperativ“ gewesen. „Der Name unserer Armee ist Honvéd“, sagte er, „was auf Deutsch so viel heißt wie Heimatwehr. Damals verteidigten wir unsere Heimat gegen zwei Aggressoren: Die Rote Armee und unseren Erzfeind Rumänien.“

Diese Denkweise, die ebenso wie die Anschauungen, die bei der Gedenkfeier von *B&H Hungaria* vertreten werden, auf der Täter-Opfer-Umkehr beruht, führt dazu, dass den „Bürgerlichen“ nicht selten „die Falschen“ zuzubeln. So befinden sich unter den BesucherInnen der Gedenkfeier in der Burg immer wieder Männer in Thor-Steinar-Kleidung. Der Hass in Ungarn ist in den letzten zwanzig Jahren seit der Wende permanent gewachsen. Hätte man dem Land bis vor einigen Jahren kultur- und erinnerungspolitisch noch unter die Arme greifen und die Kultur- und Erinnerungspolitik demokratisieren können, so wird heute der „Opfermythos“ zur staatlichen Kulturpolitik erhoben und die Eskalation der Gewalt forciert.

Magdalena Marsovszky ist Kulturwissenschaftlerin, Lehrbeauftragte an der Hochschule Fulda und Vorstandsmitglied im Villigster Forschungsforum zu Nationalsozialismus, Rassismus und Antisemitismus e.v., sowie Vorstandsmitglied der in Ungarn tätigen Bürgerrechtsbewegung für die Republik.

Kein Platz für Rassismus.

schutz+schutz-Mediengestaltung | Photo: Andreas Komenda

2012

Facebook, offene Gruppe, 102 Mitglieder

Mitglieder der Gruppe posten regelmäßig fremdenfeindliche Kommentare. Eine Userin wünscht sich die Wiedereröffnung des Konzentrationslagers Mauthausen für ZuwanderInnen und „linksorientierte“ PolitikerInnen.

Die Gruppe wurde bei der NS-Meldestelle des Innenministeriums angezeigt.

Geben Sie Alltagsrassismus keine Chance und unterstützen Sie uns im Kampf gegen Rassismus! Spenden Sie jetzt!
Uni Credit Bank Austria, Kto. 05211362800, BLZ 12000

www.zara.or.at



Alle Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

NICHT ZU GLAUBEN.

Sondern um zu wissen.

Hol dir jetzt die ganze Vielfalt der „Presse“
von Montag bis Samstag, gedruckt UND
digital um nur 9,90 € pro Monat.

E-Mail: aboservice@diepresse.com
Tel.: 01/514 14-70

STUDENTEN

AKTION!

9,90

~~34€
PRO MONAT~~



DiePresse.com/uni12

